

# Konjunktur und Streik während des Übergangs zum Organisierten Kapitalismus in Deutschland

Von Hartmut Kaelble und Heinrich Volkmann, Berlin

## I.

Daß Deutschland — wie häufig behauptet — das klassische Land der Gewerkschaftsbewegung gewesen sei, ist oft bezweifelt worden, und zumindest für den Arbeitskampf scheint dieser Zweifel angebracht. Das klassische Land der Streikforschung war Deutschland nie. Seit das Kaiserliche Statistische Amt und die Generalkommission der Freien Gewerkschaften in unterschiedlicher Absicht, aber im selben Glauben an die Möglichkeiten der Statistik darin wetteiferten, dem Phänomen des Streiks beizukommen und dabei immerhin reiches Datenmaterial ansammelten, hat es hierzulande keine nennenswerte empirische Streikforschung mehr gegeben<sup>1</sup>. Das ist um so erstaunlicher, als der Streik wie jede Manifestation sozialer Konflikte strukturelle

---

<sup>1</sup> Für die bisherige quantitative Forschung zur deutschen Streikgeschichte ist es bezeichnend, daß sie fast ausschließlich — im Rahmen vergleichender Arbeiten — von nichtdeutschen Wissenschaftlern geleistet worden ist: Charles *Rist*: *Le mouvement des grèves en France*. In: *Ders.*: *Essais sur quelques problèmes économiques et monétaires*. Paris 1933; Clark *Kerr* u. Abraham *Siegel*: *The Interindustry Propensity to Strike — An International Comparison*. In: Arthur W. *Kornhauser* u. a. (Hrsg.): *Industrial Conflict*. New York 1954. S. 189 - 212; K. *Forchheimer*: *Some International Aspects of the Strike Movement*. *Bulletin of the Oxford University Institute of Statistics* Bd. 10 (1968), S. 9 - 31. Abgesehen von den älteren Darstellungen Karl *Oldenbergs* (Art. Arbeitseinstellungen. In: *Handw. d. Staatsw.* 3. Aufl. Jena 1909. S. 927 - 964) und Maximilian *Meyers* (Statistik der Streiks und Aussperungen im In- und Auslande. Leipzig 1907) haben nur DDR-Historiker quantitative historische Streikuntersuchungen veröffentlicht: Elisabeth *Todt* u. Hans *Radandt*: *Zur Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1800 - 1849*. Berlin 1950; Elisabeth *Todt*: *Die gewerkschaftliche Betätigung in Deutschland von 1850 bis 1859*. Berlin 1950; Walter *Steglich*: *Eine Streiktabelle für Deutschland 1864 - 1880*. *Jahrb. f. Wirtschaftsg.* 1960. Teil II. S. 235 - 283. Andere neuere Arbeiten zur deutschen Streikgeschichte stammen von: Max Jürgen *Koch*: *Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889 - 1914)*. Düsseldorf 1954; Helmut *Seidl*: *Streikkämpfe der mittel- und ostdeutschen Braunkohlenbergarbeiter von 1890 bis 1914*. Leipzig 1964; Helmut *Kral*: *Streiks auf den Helgen. Die gewerkschaftlichen Kämpfe der deutschen Werftarbeiter vor dem Ersten Weltkrieg*. Berlin 1964. Wolfgang *Köllmann* (Hrsg.): *Der Bergarbeiterstreik von 1889 und die Gründung des „Alten Verbandes“ in ausgewählten Dokumenten der Zeit*. Bochum 1968; Dieter *Schneider*: *Der Streik. Begriff und Geschichte*. In: *Ders.* (Hrsg.): *Zur Theorie und Praxis des Streiks*. Frankfurt 1971.

Ursachen hat und daher als Indikator sozialen Wandels großen sozial-historischen Wert besitzt.

Die internationale Streikforschung ist im wesentlichen Streikursachenforschung. Nach der jeweils vermuteten Hauptursache lassen sich drei Schwerpunkte unterscheiden<sup>2</sup>:

1. Ein Teil der Forscher — vor allem in den USA — hat die *Arbeitsbedingungen* als Streikanlaß angesehen und — zumeist in Fallstudien — den Streik als Arbeitskonflikt im Betrieb oder in der Branche untersucht.
2. Die *konjunkturelle Situation* als konditionaler Streikfaktor — bisher häufigstes Thema der historischen Streikforschung — ist hauptsächlich von der französischen, aber auch der angelsächsischen Forschung betont worden. Sie hat in der Tradition von Charles Rist den Zusammenhang von Konjunkturverlauf und Streikfrequenz analysiert und die Schwankungen der Streikneigung als abhängig von den wiederum konjunkturbedingten Erfolgsaussichten interpretiert.
3. Die eigentliche Ursachenforschung — wieder in Frankreich, England und den USA — sieht den Streik als Ausdruck tiefreichender *sozialer Unruhe* und Unzufriedenheit und erklärt ihn aus langfristigen sozialökonomischen Basisveränderungen.

Da der Zusammenhang von Arbeitsbedingungen und Streik nur schwer quantifizierbar ist und am besten in Fallstudien untersucht wird, arbeitet die folgende Untersuchung mit dem zweiten Ansatz, aber auch Teilaspekte des dritten werden berücksichtigt. Es wird primär um den Zusammenhang von Streikbewegungen und wirtschaftlichen Konjunkturen und um sozialökonomische Strukturveränderungen in der zweiten Hälfte des Kaiserreichs gehen. Dabei ist erstens zu prüfen, ob in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg tatsächlich — wie Rist vermutet hat<sup>3</sup> — die Streikbewegungen in geradezu idealer Weise den wirtschaftlichen Auf- und Abschwüngen folgen und welche Erklärungsmodelle diesen Zusammenhang am besten beschreiben. Es wird zweitens untersucht, ob sich das Streikverhalten ändert und ob diese Änderungen Rückschlüsse auf einen zugrunde liegenden Strukturwandel erlauben, der als Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Organisierten Kapitalismus bezeichnet worden ist, ohne daß Zeitraum, Form

<sup>2</sup> Zur Kategorisierung der Streikursachen vgl. K. G. J. C. Knowles: Art. Strikes. In: International Encyclopedia of the Social Sciences. New York 1968. Bd. 8. S. 500 ff. und Edward Shorter u. Charles Tilly: The Shape of Strikes in France 1830 - 1960. Comparative Studies in Society and History, Bd. 13 (1971), S. 61 ff., die auch die Hauptvertreter der drei Richtungen nennen.

<sup>3</sup> Rist: a.a.O., S. 392.

und Auswirkung dieses Wandels in der Forschung schon feste Konturen gewonnen hätten.

Für die quantifizierende Streikforschung ergeben sich in Deutschland besondere Schwierigkeiten aus der nach verheißungsvollem Auftakt torsohaften Streikstatistik. Kontinuierliche Datenreihen liegen für die Zeit von 1891-1918 und das Jahrzehnt von 1923-1933 vor. Die längste Zeitreihe umfaßt also nur 28 Jahre, darunter fünf Kriegsjahre, die für die Beantwortung der meisten Fragen aus methodischen Gründen ausscheiden. Die politische Geschichte Deutschlands — Bismarcks Sozialistengesetze, die Auswirkungen der Weltkriege, der Nationalsozialismus — spiegelt sich auch hier negativ wider<sup>4</sup>. Da eine langfristige Trendanalyse unter diesen Umständen für Deutschland nicht möglich ist, erscheint es auch von der verfügbaren Information her sinnvoll, diese erste Untersuchung auf die durch Reichs- und Gewerkschaftsstatistik<sup>5</sup> gut dokumentierte Übergangsphase zum organisierten Kapitalismus zu beschränken, wobei der Untersuchungszeitraum nicht inhaltlich, sondern durch die Eckwerte der Streikzeitreihe auf die Jahre 1891-1913 bestimmt wird.

---

<sup>4</sup> Zur frühen deutschen Streikstatistik vgl. Karl Oldenberg: Art. Arbeitseinstellungen. In: Handw. d. Staatsw. 3. Aufl. Jena 1909. Bd. 1. S. 948 ff. — Es gälte nicht nur die Lücken in der Streikstatistik von 1919-1923 und nach 1933 zu füllen, wichtig wäre darüber hinaus, die Entwicklung der Streiks von der Frühindustrialisierung bis zum Beginn der Streikstatistik im Jahre 1891 zu verfolgen. Welche Schwierigkeiten diesem Vorhaben entgegenstehen, zeigt die Stagnation der Streikforschung in der DDR, wo die in Fußn. 1 genannten verdienstvollen, aber noch unzureichenden Arbeiten von Todt, Radandt und Steglich bisher ohne Nachfolge geblieben sind.

<sup>5</sup> Angaben zur Streiktätigkeit finden sich in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jg. 1 (1891) ff.; Stat. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, Jg. 22 (1901) ff. und, ausführlicher, Statistik des Deutschen Reichs, Bde. 134, 141, 148, 157, 164, 171, 178, 188, 195, 230, 239, 249, 259, 269, 278. Reichs- und Gewerkschaftsstatistik stimmen nicht überein. Die Reichsstatistik stützte sich vor allem auf Unternehmerangaben und Polizeiberichte. Die freien Gewerkschaften zählten nur Streiks, an denen ihre Mitglieder beteiligt waren, hatten darüber aber die besseren und vollständigeren Informationen. Bis 1905 liegen die Zahlen der Gewerkschaftsstatistik unter denen der Reichsstatistik, nach 1905 darüber. In dieser Entwicklung spiegelt sich u. a. die bessere Information der Gewerkschaften wider, die sich um so stärker in der Statistik auswirkt, je größer der Einfluß der Freien Gewerkschaften auf die Streikbewegungen wird. Im allgemeinen gehen die Differenzen auf unterschiedliche Erhebungsmethoden zurück, in manchen Rubriken — etwa bei der Beurteilung des Erfolgs — haben sie indessen nicht nur methodische Gründe. Zum kritischen Vergleich beider Statistiken siehe Correspondenzblatt, Jg. 10, Nr. 35 v. 3. 9. 1900, S. 6 ff.; Jg. 11 (1901), S. 461; Jg. 12 (1902), S. 865-872; Jg. 13 (1903), S. 837-843; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 178, S. 1 ff. Vgl. auch Maximilian Meyer: a.a.O., S. 3-26 und Karl Zwing: Die Geschichte der deutschen Freien Gewerkschaft. Jena 1922. Kapitel „Statistik“. — Da es in diesem Aufsatz nicht um absolute Zahlen, sondern um Trendveränderungen geht, können beide Statistiken herangezogen werden. Ihr Korrelationsgrad ist hoch:  $r = 0,94$ . Wenn im allgemeinen das Gewerkschaftsmaterial benutzt wird, so vor allem deshalb, weil es acht Jahre früher einsetzt als die Reichsstatistik.

## II.

Das Problem der Abhängigkeit sozialer und politischer Entwicklungen vom wirtschaftlichen Konjunkturverlauf ist für Deutschland in den letzten Jahren vor allem in den Arbeiten von Hans *Rosenberg* und Hans-Ulrich *Wehler* diskutiert worden<sup>6</sup>. Kennzeichnend war dabei, daß es sich um einen von der Geschichtswissenschaft bis dahin kaum reflektierten Zusammenhang handelte. Wie bereits bemerkt, gilt das für die Abhängigkeit der Streikbewegungen vom Konjunkturverlauf international gesehen nicht. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Problem hat in Frankreich vor mehr als einem halben Jahrhundert begonnen und ist zwischen den beiden Weltkriegen von amerikanischen und britischen Sozialwissenschaftlern aufgegriffen worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie am intensivsten wiederum in Frankreich geführt. Diese Debatte hat Ergebnisse gebracht, die sich als relativ gesicherte Arbeitshypothesen verwenden und den Zusammenhang von Konjunkturbewegung und Streiks mit einer gewissen Skepsis betrachten lassen. Zwar hat sich in den Untersuchungen für Frankreich, Großbritannien und die USA herausgestellt, daß Streikkonjunktur und Wirtschaftskonjunktur grundsätzlich recht stark ineinanderschwingen, daß also in Phasen steigender Konjunktur auch die Zahl der Streiks wuchs, in Phasen wirtschaftlicher Stockung Streiks seltener wurden<sup>7</sup>; aber die Vorbehalte und Einschränkungen dürfen dabei nicht übersehen werden:

1. Ein enger Zusammenhang mit der Streikentwicklung ließ sich nur bei wenigen Konjunkturindikatoren nachweisen, in der Regel bei den Großhandelspreisen und der Beschäftigungsrate. Von der Lohn- und Produktionsentwicklung war die Streikfluktuation meist sehr viel unabhängiger. 2. Eine Korrelation zum Konjunkturverlauf zeigt nur die

<sup>6</sup> Hans *Rosenberg*: *Große Depression und Bismarckzeit*. Berlin 1967. — Hans-Ulrich *Wehler*: *Bismarck und der Imperialismus*. Köln u. Berlin 1969. Das statistische Material läßt den Ansatz *Rosenbergs* im vorliegenden Fall nicht zu. Sein Ausgangspunkt, die langen Wechsellagen, erfordern Streikzeitreihen von 40 - 50 Jahren. Daß dieser Ansatz bei günstigerer Materiallage auch für die Streikforschung übernommen werden kann, läßt vermuten: Alwyn H. *Hansen*: *Cycles of Strikes*. *American Economic Review*, Vol. XI (1921), S. 616 - 621.

<sup>7</sup> Zu Frankreich vgl. für die Zeit 1890 - 1914: *Rist*: a.a.O., S. 388 ff.; Michèle *Perrot*: *Grèves, grévistes et conjuncture*. *Vieux problèmes, travaux neufs*. *Le mouvement social*, Nr. 63 (1968), S. 109 ff.; Edgard *Andréani*: *Grèves et fluctuations*. *La France de 1890 à 1914*. Paris 1968. S. 113 ff.; André *Marchal*: *L'action ouvrière et la transformation du régime capitaliste*. Paris 1943. S. 33 ff.; Jean *Bouvier*: *Mouvement ouvrier et conjonctures économiques*. In: *Ders.*: *Histoire économique et histoire sociale*. Genf 1968. S. 46 f. (mit Angabe weiterer Untersuchungen). Für die USA im gleichen Zeitraum vgl. John J. *Griffin*: *Strikes*. *A Study in Quantitative Economics*. New York 1939. S. 45 ff.; *Hansen*: a.a.O., S. 616 ff.; Dale *Yoder*: *Economic Changes and Industrial Unrest in the United States*. *Journal of Political Economy*, Vol. XLVIII (1940).

Zahl der Streikfälle, nicht hingegen die Zahl der Streikbeteiligten oder die Streikdauer. 3. Die Streikzahlen wachsen und schrumpfen zwar grundsätzlich im Rhythmus der wirtschaftlichen Aufschwünge und Stockungen; das Ausmaß der Zu- oder Abnahme hängt dagegen offensichtlich nicht von der konjunkturellen Situation ab<sup>8</sup>. Schon diese Ergebnisse zeigen, daß die Konjunktorentwicklung nur eine Streikbedingung war und daß ein monokausales, den Einfluß anderer Faktoren ausschließendes Modell für die Analyse der Streikfluktuation ungeeignet wäre. Auch die vorliegende Untersuchung erhebt deshalb nicht den Anspruch, eine umfassende Erklärung für die Streikfluktuation vor 1914 zu bieten.

Die Auffassungen über die Vermittlungsmechanismen zwischen Konjunkturbewegung und Streikfluktuation gehen weit auseinander, lassen sich aber auf zwei Grundmodelle, das Protestmodell und das Anpassungsmodell, zurückführen.

*Das Protestmodell:* Dieses sieht die Streikdisposition des Arbeiters vor allem in Abhängigkeit von der Entwicklung seiner materiellen Existenzbedingungen. Da konjunkturelle Aufschwünge seit der Frühindustrialisierung zugleich Phasen der Preissteigerung waren, erhöhten sich auch die Preise für Lebensmittel und andere Konsumgüter. Der Lebensstandard der Industriearbeiter blieb dabei nur dann erhalten, wenn sich die Lohnentwicklung der Preisentwicklung anpaßte. Wenn dies nicht automatisch über den Marktmechanismus geschah, der bei zunehmender Nachfrage nach Arbeit zu höheren Löhnen führte, so mußte diesem Mechanismus nachgeholfen werden: Der sinkende Reallohn während des wirtschaftlichen Aufschwungs treibt den Arbeiter in den Streik; das ist — auf eine knappe Formel gebracht — der älteste ökonomische Erklärungsversuch der Streikzyklen. Er orientiert sich an den Indikatoren des Lebensstandards — an Konsumgüterpreisen, Lebenshaltungskosten und Löhnen — und ist daher an ihnen zu überprüfen.

Für die USA und Frankreich ist das für die Zeit vor 1914 bereits geschehen. Weitgehende Übereinstimmung besteht nur über den Zusammenhang von Streiks und Großhandelspreisen in den USA. *Griffin*,

---

<sup>8</sup> Die unterschiedliche Abhängigkeit von einzelnen Konjunkturindikatoren ergibt sich aus: *Andréani*: a.a.O., S. 118 ff. (Großhandelspreise, Industrieproduktion, Rohstoffimport, Einzelhandelspreise, Nominal- und Reallohn), *Griffin*: a.a.O., S. 63 ff. (Großhandelspreise, Nominallohn), *Rist*: a.a.O., S. 385 ff., 403 ff. (Export, Beschäftigung), *Robert Goetz-Girey*: *Le mouvement des grèves en France 1919 à 1962*. Paris 1965. S. 132 ff. (Großhandelspreise, Beschäftigung, Sozialprodukt, Industrieproduktion), *Yoder*: a.a.O., S. 224 ff. (Reallohn, Preise). Zu 3. vgl. *Eric Hobsbawm*: *Economic Fluctuations and Some Social Movements Since 1800*. In: *Ders.: Labouring Men. Studies in the History of Labour*. London 1964. S. 147 f.. — *Bouvier*: a.a.O., S. 56 f. und *Rist*: a.a.O., S. 414.

*Yoder* und *Hansen* haben mit unterschiedlichen Untersuchungsmethoden festgestellt, daß die Streikfluktuation seit der Mitte der neunziger Jahre, also etwa seit dem Ende der „Großen Depression“, den Schwankungen der Großhandelspreise gefolgt ist. Die Löhne lassen in den USA keinen engen Zusammenhang mit der Streikbewegung erkennen. *Yoder* hat die Reallöhne mit der Zahl der Streiks verglichen und nur für einzelne Jahre Entsprechungen gefunden. *Griffin*, der Nominallöhne verwandt hat, ist ebenfalls zu keinen eindeutigen Ergebnissen gekommen<sup>9</sup>. Detailliertere Untersuchungen liegen für Frankreich vor. Hier hat zuletzt *Andréani* für die Zeit von 1890 - 1913 Großhandelspreise, Lebenshaltungskosten, Nominallöhne und Reallöhne mit Streikreihen verglichen. Nach seinen Ergebnissen folgen die Streiks — im Gegensatz zu den USA — am engsten den Nominallöhnen. Bei den Großhandelspreisen haben sich ebenso wie bei den Reallöhnen und Lebenshaltungskosten keine deutlichen Korrelationen feststellen lassen<sup>10</sup>. Während sich aus den bisherigen amerikanischen Forschungsergebnissen das Protestmodell weder bestätigen noch verwerfen läßt, zeigt die Untersuchung der französischen Streiks eindeutig keine der vom Protestmodell her zu erwartenden Zusammenhänge: Weder entwickelten sich die Nominallöhne gegenläufig zu den Streiks, noch schwangen Streiks und Preise oder Lebenshaltungskosten ineinander.

Die entsprechenden Zeitreihen zur Überprüfung des Protestmodells für Deutschland sind in Abb. 1 grafisch dargestellt<sup>11</sup>. Das Schaubild

<sup>9</sup> *Griffin*: a.a.O., S. 63 ff., 69 ff.; *Yoder*: a.a.O., S. 236 f.; *Hansen*: a.a.O., S. 616 ff. Dieses Ergebnis muß eingeschränkt werden: *Yoder* hat neben anderen Verfahren auch den linearen Korrelationskoeffizienten berechnet und erhielt dabei keine deutliche Korrelation. *Rees* gesteht den Untersuchungen von *Griffin*, *Yoder* und *Hansen* nur eine begrenzte Aussagekraft zu, weil jährliche und nicht monatliche Zeitreihen verwandt wurden. Offensichtlich stehen jedoch für die USA ebenso wie für Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg keine monatlichen Daten zur Verfügung. *Rees* selbst untersucht den Zusammenhang zwischen Streiks und Konjunktur erst ab 1915. Vgl. *Albert Rees: Industrial Conflict and Business Fluctuations. Journal of Political Economy*, Vol. LX (1952), S. 371 f.

<sup>10</sup> *Andréani*: a.a.O., S. 118.

<sup>11</sup> Die der Graphik zugrunde liegenden Daten sind Tab. I im Anhang entnommen. Die Berechnung des Abhängigkeitsindex (i) ist eine mathematische Form des visuellen Kurvenvergleichs. i setzt die Differenz der Jahre gleicher (C) und gegenläufiger (D) Wachstumsrichtung in Beziehung zur Gesamtzahl der Jahre (n), für die Daten zur Verfügung stehen. Aus der Formel  $i = \frac{C - D}{n}$  ergibt sich, daß i ein sehr empfindlicher Indikator ist, der sich zwischen + 1 (gleiche Wachstumsrichtung in allen Jahren) und - 1 (ungleiche Wachstumsrichtung in allen Jahren) bewegt, wobei die Abhängigkeit gegen 0 abnimmt. Auf den in den meisten neueren Untersuchungen angewandten Korrelationskoeffizienten (r) ist hier verzichtet worden. Während beim „visuellen“ Kurvenvergleich der Gesamtverlauf erkennbar bleibt, hat die mathematische Korrelation vor allem den Nachteil, daß der Vergleich zweier Zeitreihen auf eine einzige Zahl zusammenschumpft. Strukturveränderungen im Abhängigkeitsverhältnis der Zeitreihen lassen sich daher aus dem Koeffizienten ebensowenig erkennen, wie die Zahl der Jahre, die vom üblichen Entwicklungs-

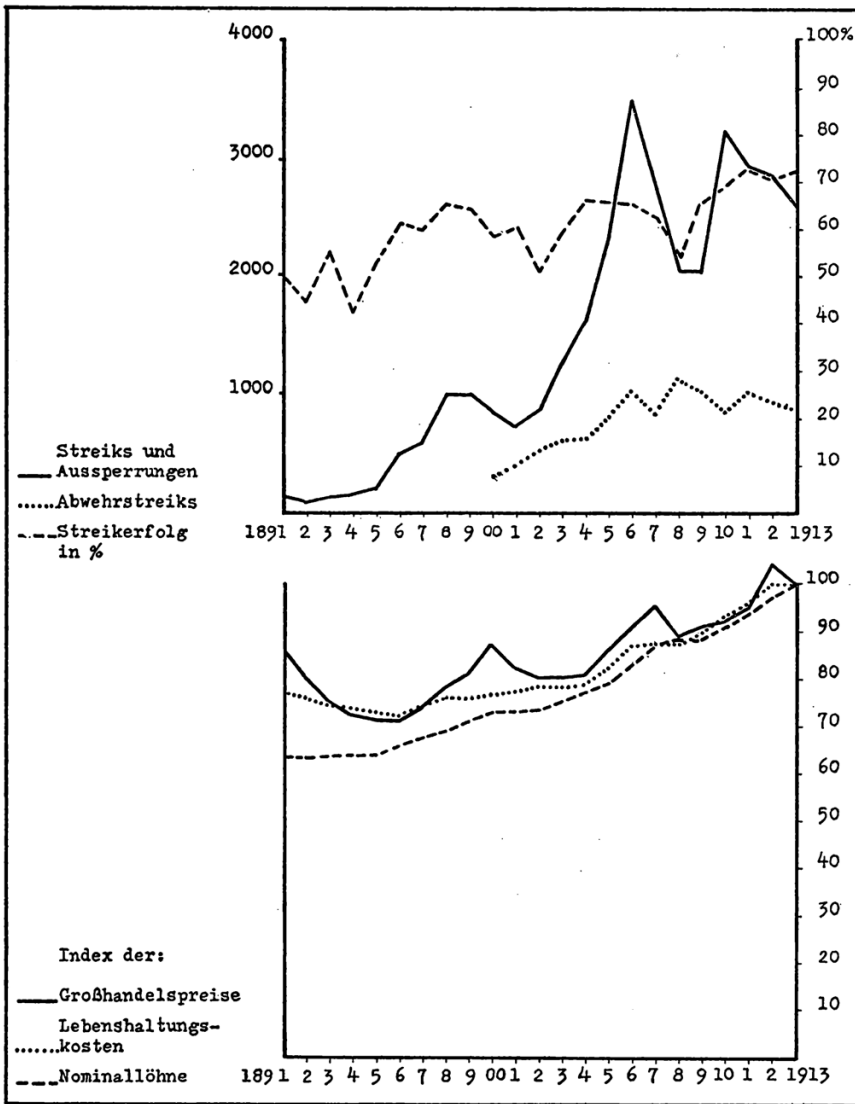


Abb. 1: Streik und Konjunktur

muster abweichen — beides Fragen, auf die sozialhistorische Analysen kaum verzichten können. Zwar bietet auch der Abhängigkeitsindex nur eine einzige Zahl, aber die Ausnahmen sind bei der Berechnung faßbar, lassen sich leicht zusammenstellen und in die Interpretation aufnehmen. Zudem eignet sich i besser zum Vergleich kurzfristiger Schwankungen als r, das den Trend stärker berücksichtigt. Obwohl es im Zusammenhang von Konjunktur und Streik ausschließlich um den Vergleich kurzfristiger Schwankungen geht, wäre es gerade für historische Fragen bedenklich, den Trend bei der Berechnung des Abhängigkeitsindex ganz auszuschalten.

zeigt auf den ersten Blick, daß wir es mit zwei unterschiedlichen Kurventypen zu tun haben. Gegenüber der dynamischen Streikkurve mit ihren weiten Ausschlägen erscheinen die Konjunkturindikatoren relativ unbewegt. Am ehesten weist noch die Entwicklung der Großhandelspreise eine gewisse Ähnlichkeit mit der Streikfluktuation auf. Sie hat ebenfalls drei deutlich markierte Gipfel, die den Höhepunkten der Streikkurve mit Verzögerung folgen. Das könnte auf einen Zusammenhang zwischen Streiks, Lohnerhöhung und Preisauftrieb hinweisen, aber die mangelnde Konstanz der Verzögerung läßt eine solche Deutung nicht zu. Bei 10 Jahren gleicher Wachstumsrichtung von insgesamt 22 Jahren ergibt sich ein Abhängigkeitsindex von  $i = -0,09$ . Noch weniger augenscheinlich ist nach Ausweis des Kurvenbildes der Zusammenhang von Streikhäufigkeit und Lebenshaltungskosten. Nur ein Wendepunkt ist beiden Kurven gemeinsam, und nur die Hälfte der Jahre zeigt dieselbe Wachstumsrichtung, daher  $i = 0$ . Auch der Nominallohn entwickelte sich nicht, wie es nach dem Protestmodell zu erwarten wäre, nämlich gegenläufig zur Streikhäufigkeit. Bei einem gemeinsamen Wendepunkt und bei 8 Jahren gegenläufiger Wachstumsrichtung war  $i$ , das hier gegen  $-1$  tendieren müßte,  $+0,18$ .

Da die geringstmögliche Abhängigkeit bei  $i = 0$  liegt, ist das Ergebnis dieses Kurvenvergleichs in allen drei Fällen negativ.

Nun ließe sich einwenden, daß nicht die absolute Entwicklung von Preisen, Löhnen und Lebenshaltungskosten, sondern deren Wachstumsschwankungen, ihre langsamere oder schnellere Zunahme den Eindruck von der Entwicklung des Lebensstandards formen, der wiederum die Streikneigung bestimmt. Deshalb sind in Tab. 1 unter den bereits genannten Abhängigkeitswerten für die absolute Entwicklung auch die entsprechenden Werte für den Zusammenhang von Streikhäufigkeit und Wachstumsraten der drei Konjunkturindikatoren aufgeführt:

Bei den Wachstumsraten ist der Zusammenhang zweifellos größer, aber er bleibt noch immer schwach. Überdies kann das bessere Ergebnis z. T. auf die Dynamisierung der im Vergleich zur Streikhäufigkeit bewegungsarmen Indexreihen zurückgehen.

Wie ist dieser Befund zu interpretieren? Sinkender Lebensstandard findet als unmittelbares Streikmotiv keine überzeugende Bestätigung. Das heißt freilich nicht, daß er als Streikursache ausscheidet. Ebenso

---

Denn die Trendbereinigung korrigiert die einzelnen Daten der Zeitreihe um einen Durchschnittswert, in den alle Daten der Zeitreihe eingegangen sind. Der streikende Arbeiter konnte aber nur auf die jeweils reale und für ihn überschaubare Preis- oder Lohnentwicklung reagieren, nicht auf synthetische, um Vergangenes und Zukünftiges bereinigte Werte.



Tabelle 1

Abhängigkeit der Streikhäufigkeit von Konjunkturindikatoren  
(1891 - 1913)

	gemeinsame Wendepunkte	Abhängig- keitsindex i
Index der		
Lebenshaltungskosten .....	1	0,00
Großhandelspreise .....	0	- 0,09
Nominallöhne .....	1	0,18
Wachstumsraten der		
Lebenshaltungskosten .....	2	0,00
Großhandelspreise .....	2	0,36
Nominallöhne .....	4	0,36

unsinnig wäre es, aus der, wenn auch schwachen positiven Korrelation von Nominallöhnen und Streikhäufigkeit schließen zu wollen, die Arbeiter hätten gestreikt, weil die Löhne stiegen. Die Zeitreihenanalyse vermag keine Antwort auf die Frage zu geben, warum die Arbeiter überhaupt streikten, sondern allenfalls, warum sie es wann taten. Das ist ein wichtiger Unterschied. Denn — rein spontanes Verhalten ausgeschlossen — es können für die Wahl des Streikzeitpunkts ganz andere Gründe gelten als für die grundsätzliche Streikbereitschaft. Diese Überlegung führt zu einer methodischen Feststellung: Wenn zwischen den Ursachen des latenten Arbeitskonflikts und den Bedingungen seiner Manifestation im Streik unterschieden werden muß, Material und Methode der Analyse aber nur die Kontrolle zeitlicher Übereinstimmungen gestatten, beschränkt sich ihr Aussagewert für die Überprüfung der Streikmodelle notwendig auf den temporalen Aspekt und damit auf die Bedingungen der Zeitwahl. Danach läßt sich als erstes Ergebnis formulieren: Eine für den Arbeiter ungünstige Entwicklung von Lebenshaltungskosten und Löhnen mag die Streikneigung intensivieren, führt aber nach Ausweis des Zeitreihenvergleichs überwiegend noch nicht zum Streik selbst. Der Entschluß zu streiken fällt offenbar dann leichter, wenn die Löhne aus konjunkturellen Gründen ohnehin nach oben tendieren. Ist die Lohnkurve bis zu einem gewissen Grade auch das Resultat erfolgreicher Streiks (die, über ihre unmittelbaren Ergebnisse hinaus, auch indirekt als Motive für streikpräventive Lohnerhöhungen wirken), so spiegelt sie in dieser Zeit doch wesentlich die Nachfrage nach Arbeit wider. Damit wäre eine deutliche Entsprechung von Streikhäufigkeit und Beschäftigungsgrad zu erwarten.

Bevor wir das im Rahmen des zweiten Erklärungsmodells überprüfen, ist aber noch eine Variante des Protestmodells kurz zu diskutieren.

ren. Sie ist aus der Kritik an dem gewiß angreifbaren Verfahren hervorgegangen, die Gesamtheit der Arbeitsbedingungen auf ihren noch am ehesten meßbaren Aspekt, den Reallohn, zu reduzieren. Das Befinden am Arbeitsplatz und damit ein erheblicher Teil weiterer Streikmotive hängt ab von einer Vielzahl zusätzlicher Faktoren in einem hochkomplexen Geflecht, die sich nur schwer und mit steigendem Schwierigkeitsgrad isolieren, in ihrem Verhältnis zu anderen Faktoren gewichten und schließlich quantifizieren lassen. Bisher gibt es noch keinen brauchbaren Index für Arbeitsintensität und „Arbeitsleid“. Dennoch hat es nicht an Versuchen gefehlt, diese Faktoren über Ersatzindikatoren in die Erklärung der Konjunkturabhängigkeit von Streiks einzubeziehen<sup>12</sup>. Dahinter steht die Überlegung, daß die Produktionsbedingungen der Hochkonjunktur zu stärkerem Leistungsdruck am Arbeitsplatz führen, der sich in längeren Arbeitszeiten, verschärften Akkordsätzen, steigenden Unfallziffern usw. äußert und den Streik provoziert als Reaktion auf intensivierete Ausbeutung, die über den materiellen Aspekt weit hinausgeht.

So einleuchtend diese Erklärung klingt, so wenig läßt sie sich bisher für Deutschland vor 1914 empirisch belegen. Träfe sie zu, hätten in Phasen angespannter Beschäftigungslage Abwehrstreiks gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen überwiegen müssen<sup>13</sup>. Das ist nicht der Fall. Der Anteil der Abwehrstreiks an der Gesamtstreikzahl bleibt relativ konstant, zeigt sogar eine leicht gegenläufige Bewegung zum Beschäftigungsgrad. Lag er im Durchschnitt der Jahre 1900 - 1913 bei 36,7%, so sank er in sieben Jahren mit zunehmender Beschäftigung (1903 - 1906, 1909 - 1911) auf 35,0%, stieg dagegen in sieben Jahren mit sinkender Beschäftigung (1900 - 1902, 1907/8, 1912/13) auf 39,0%<sup>14</sup>. Auch die Streikziele lassen keine positive Korrelation des Protests mit der Konjunktur erkennen. Nur 3,5% der Abwehrstreiks richteten sich gegen den Versuch der Arbeitgeber, die Arbeitszeit zu verlängern<sup>15</sup>. Der Anteil der Abwehrstreiks, die gegen Lohnreduzierungen geführt wurden — und als Lohnreduzierung zählte die Gewerkschaftsstatistik auch die Erhöhung der Akkordsätze —, ist zwar erheblich größer, aber wiederum relativ unabhängig vom Be-

<sup>12</sup> Vgl. *Hobsbawm*: a.a.O.

<sup>13</sup> Unter Abwehrstreiks werden Arbeitseinstellungen verstanden, durch die Unternehmer an Lohnsenkungen und anderen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gehindert werden sollen. Angriffstreiks dagegen sollen die Unternehmer zu Lohnerhöhungen bzw. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zwingen.

<sup>14</sup> *Correspondenzblatt*, Jg. 24 (1914), Anhang I, S. 283 (Tab. 33, 34). Die Jahre vor 1900 müssen hier außer Betracht bleiben, da die Gewerkschaftsstatistik für diese Zeit die Abwehrstreiks nicht getrennt, sondern zusammen mit den Aussperungen ausweist. Die Scheidung der Jahre erfolgt nach dem Beschäftigungsgrad als dem besten Einzelindikator der Konjunktur (vgl. im Anhang Tab. 1, Spalte 11).

<sup>15</sup> *Correspondenzblatt*, Jg. 24 (1914), Anhang I, 281 (Tab. 28 b).

schäftigungsgrad: 40,2 % im Durchschnitt der sieben Jahre mit steigender Beschäftigung, 43,5 % im Durchschnitt der sieben Jahre mit sinkendem Beschäftigungsgrad<sup>16</sup>. Auch hier ist wieder zwischen ursachen- und zeitbezogener Argumentation zu unterscheiden. Es soll weder bestritten werden, daß hohe Produktionsauslastung die Arbeitsbedingungen verschärft, noch daß dies die Streikneigung beeinflusst haben kann, wohl aber daß sie über den Zeitpunkt der Arbeitseinstellung entschied, d. h., die Streikfluktuation bestimmte. Insofern trifft diese Kritik auch nicht *Hobsbawm*, der nach den Ursachen sozialer Spannungen fragt und die Korrelation mit kurzfristigen Konjunkturschwankungen geringschätzig als nur für den Zeitpunkt des Streiks relevant abtut<sup>17</sup>. Wir glauben indessen und hoffen, in dieser Untersuchung zeigen zu können, daß auch die Frage nach dem Zeitpunkt von Streiks nicht sinnlos ist.

*Das Anpassungsmodell:* Das zweite ökonomische Modell der Streikfluktuation versteht den Streik als konjunkturbewußt eingesetzte Waffe im Kampf um einen angemessenen Anteil am Sozialprodukt und berücksichtigt damit auch die Frage der Zeitwahl. Es geht von der Produktion aus: Produktionssteigerungen bedeuten höhere Unternehmergewinne. Ist der Streik aber ein Mittel, über Lohnerhöhungen die Teilnahme am Wirtschaftswachstum sicherzustellen, dann muß in Phasen gesteigerter Produktion auch die Streikneigung zunehmen. Gleichzeitig verbessert sich die Verhandlungsposition der Arbeiter gegenüber den Unternehmern. Produktionsstörungen während des Booms sind unerwünscht. Der Arbeitsmarkt wird bei steigender Beschäftigungsrate zu eng, um größere Zahlen von Streikenden durch Arbeitswillige zu ersetzen. Phasen hoher Produktionsauslastung sind daher unter strategischem wie taktischem Aspekt günstige Zeitpunkte für den Streik als Instrument kollektiver Lohnpolitik. Da es um die Anpassung der Löhne an die Gewinne geht und nicht nur dieses Primärziel, sondern auch die Methoden der Zielerreichung eine Einstellung zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung implizieren, die von der Anpassung geprägt ist, nennen wir diesen Versuch der ökonomischen Streikerklärung in Absetzung vom Protestmodell das Anpassungsmodell. Es ist ebenfalls nicht neu und findet sich in Ansätzen bereits in zeitgenössischen Gewerkschaftspublikationen. So erkannte Carl *Legien* in seinem Kommentar zur gewerkschaftlichen Streikstatistik für 1899 aus den Streikdaten seit 1890, daß „mit der steigenden wirtschaftlichen Konjunktur auch die Zahl der Streiks wächst und auch der Erfolg der Kämpfe für die Arbeiter ein größerer wird“<sup>18</sup>.

<sup>16</sup> Correspondenzblatt, Jg. 24 (1914), Anhang I, 281 (Tab. 28 b).

<sup>17</sup> *Hobsbawm*: a.a.O., S. 148.

<sup>18</sup> Correspondenzblatt, Jg. 10 (1900), Nr. 35, S. 2.

Die Indikatoren des Anpassungsmodells sind für die Zeit vor 1914 fast ausschließlich für Frankreich untersucht worden. *Rists* früher Aufsatz bestätigt den Zusammenhang von Beschäftigungsrate und Streikentwicklung<sup>19</sup>; *Andréani* hat mit moderneren, rigoros mathematischen Methoden eine recht enge Korrelation von Industrieproduktion bzw. Rohstoffimporten und Streikentwicklung nachgewiesen<sup>20</sup>. Diese Resultate sprechen dafür, daß zumindest für das Vierteljahrhundert vor 1914 das Anpassungsmodell einen größeren Erklärungswert besitzen könnte als das Protestmodell. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß die geringere Zahl von Untersuchungen und der nach Raum und Zeit nahezu identische Untersuchungsgegenstand von vornherein eine größere Übereinstimmung erwarten ließen.

Für Deutschland sollen Streiks nicht nur mit der Produktionsentwicklung, sondern auch, wie bei *Rist*, mit der Beschäftigung und schließlich mit der Entwicklung der Aktienkurse verglichen werden. Bei allen Vorbehalten gegenüber Aktienkursen als Indikator für die Profitrate kann doch davon ausgegangen werden, daß sie für Arbeiter und Gewerkschaften eine der ganz wenigen öffentlich zugänglichen Informationen über Gewinnerwartungen der Unternehmer darstellten und entsprechend genutzt wurden.

Die in Abb. 2 dargestellten Datenreihen zeigen Ähnlichkeiten des Verlaufs, die im Gegensatz zum Protestmodell den Zusammenhang mit der Streikhäufigkeit deutlich erkennen lassen, aber im einzelnen ebenfalls einige Unterschiede aufweisen. Den Tiefpunkten der Streikkurve entsprechen Tiefpunkte (1892, 1908/09) bzw. Stagnationsphasen (1900/01) in der Produktionskurve. Die Höhepunkte fallen in Phasen kräftigen Anstiegs (1898, 1910) oder mit Höhepunkten (1906) der Produktionskurve zusammen. Von den 22 Jahren der Untersuchungszeit haben 15 eine gemeinsame Wachstumsrichtung ( $i = 0,36$ ). Die Wachstumsraten zeigen noch klarer, daß die Streikhäufigkeit bei steigender Produktion zu-, bei stagnierender oder sinkender abnimmt: fünf gemeinsame Wendepunkte,  $i = 0,64$ . Die Aktienkurse und die Streikkurve haben zwei gemeinsame (1892, 1901) und vier weitere sehr nahe beieinanderliegende Wendepunkte (1898/99, 1905/6, 1908/9, 1910/11). Im Vergleich zu den bisher behandelten Konjunkturindikatoren ähnelt sich der Verlauf beider Kurven in außerordentlich hohem Ausmaß. Bei steigenden Aktienkursen nahmen die Streikfälle fast immer zu, bei fallenden Kursen wurden sie fast immer seltener. Bei 18 Jahren gleicher Wachstumsrichtung beträgt der Abhängigkeitsindex  $i = 0,64$ . Ein ähnlich enger Zusammenhang besteht offensichtlich zwi-

---

<sup>19</sup> *Rist*: a.a.O., S. 403 ff.

<sup>20</sup> *Andréani*: a.a.O., S. 118.

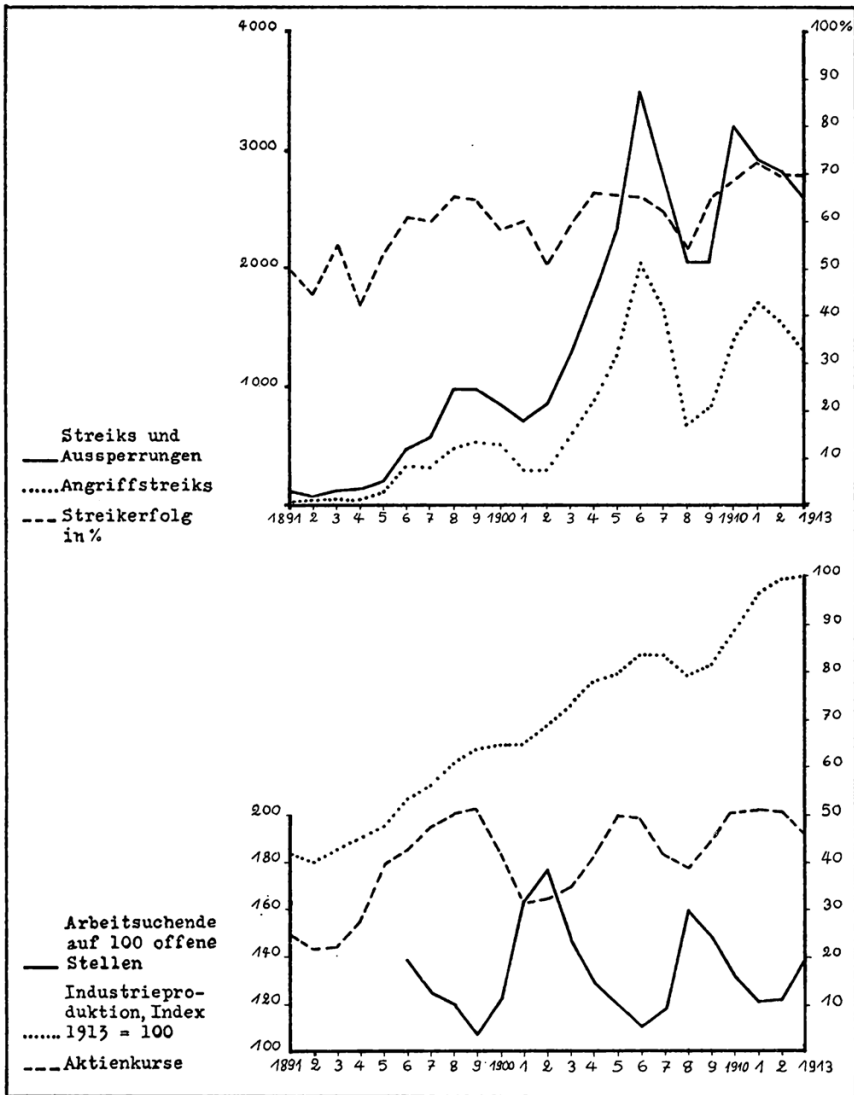


Abb. 2: Streik und Konjunktur<sup>20a</sup>

schen der Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Streikhäufigkeit. Stieg die Zahl der Arbeitsuchenden pro 100 Stellenangebote, so tendierte die Streikkurve nach unten, verringerte sich die Arbeitslosigkeit, nahm die Zahl der Streiks fast immer zu. Allerdings liegen die Wendepunkte der Streikkurve z. T. ein Jahr vor den entsprechenden Wen-

<sup>20a</sup> Die der Grafik zugrunde liegenden Daten sind Tab. I im Anhang entnommen.

depunkten (1899, 1902, 1911) der Arbeitslosenkurve. 1906 fallen sie zusammen. Da die Arbeitsmarktstatistik erst 1896 einsetzt, umfaßt die Vergleichszeit bei diesem Konjunkturindikator nur 17 Jahre. Davon haben 13 die gleiche Wachstumsrichtung ( $i = -0,53$ ).

Da auch die Erfolgskurve im selben Rhythmus schwingt wie die Streikkurve, fällt es noch schwerer, irgendeinen zufälligen oder geheimnisvollen Zusammenhang von Streikhäufigkeit und Konjunktur anzunehmen. Wie die Diskussion des Protestmodells gezeigt hat, ist der Streik in dieser Zeit auch keine überwiegend spontane Reaktion auf zunehmende Ausbeutung und wachsenden immateriellen Druck. Er enthält vielmehr starke rationale Elemente konjunkturabhängiger Zeitplanung mit dem Ziel des Streikerfolgs: Alle Tiefpunkte der Streikhäufigkeit sind auch Tiefpunkte des Streikerfolgs. Mit anderen Worten: Die Abhängigkeit der Streikhäufigkeit von der Konjunktur erklärt sich am einfachsten aus der taktischen Orientierung der Streikenden oder ihrer Führer an ihnen zugänglichen Konjunkturdaten.

Diese Interpretation der Erfolgskurve wird gestützt durch die Aussage der sechsten und letzten Kurve in Abb. 2, die die Häufigkeit der Angriffstreiks wiedergibt. Im Gegensatz zur Gesamtstreikzahl, die auch Abwehrestreiks und Aussperrungen umfaßt und damit durch Arbeitskämpfnitiativen der Unternehmer und überwiegend reaktive Streikentscheidungen der Arbeitnehmer auf solche Initiativen beeinflußt wird, ist die Häufigkeit der Angriffstreiks allein von der Entscheidung der Streikenden oder ihrer Organisation abhängig. Sie muß daher, wird der Angriffstreik als Waffe der Arbeitnehmer im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen rational eingesetzt, auch besser mit der Konjunktur korrelieren als die Streikhäufigkeit allgemein. Tab. 2, die Wendepunkte und Abhängigkeitsindex von Konjunkturindikatoren und Streikhäufigkeit für beide Streikkategorien nebeneinander stellt, bestätigt das:

*Tabelle 2*

**Abhängigkeit der Streikhäufigkeit von Konjunkturindikatoren  
und nach Streikkategorien (1891 - 1913)**

	gemeinsame Wendepunkte		Abhängigkeits- index $i$	
	Streiks	Angriff- streiks	Streiks	Angriff- streiks
Industrieproduktion .....	2	3	0,36	0,46
Beschäftigungsgrad .....	1	5	-0,53	-0,88
Aktienkurse .....	3	4	0,73	0,73

Ein weiteres Argument dafür, daß Streikplanung den Zusammenhang von Konjunkturbewegung und Streikfluktuation mitbestimmt, sind Äußerungen der Gewerkschaftsorganisationen. Auch wenn die Rolle der Gewerkschaften bei Streiks noch nicht genügend geklärt ist, besteht kein Zweifel, daß die Konjunkturbeobachtung für die Streikempfehlung der Freien Gewerkschaften von zentraler Bedeutung war<sup>21</sup>. Für sie galt die Regel, daß im wirtschaftlichen Abschwung und während der Depression Streiks besonders wenig erfolgreich waren<sup>22</sup>, daß andererseits „die kurze Spanne Zeit der günstigen Wirtschaftskonjunktur ... von der Arbeiterschaft ausgenützt werden [sollte]“<sup>23</sup>. In der erfolgsorientierten Zeitwahl der Streiks zeigt sich die Tendenz der Gewerkschaftsführung, das Streikverhalten zu rationalisieren.

### III.

Die Streik- und Konjunkturanalyse hat zwar mit Material gearbeitet, das z. T. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreicht, aber auf historische Fragestellungen weitgehend verzichtet. Ökonomen und Konflikttheoretiker suchten eine wissenschaftliche Entscheidungshilfe für die praktischen Bedürfnisse von Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Staat; an der Einordnung der Ergebnisse in den langfristigen Zusammenhang der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeiterbewegung waren sie nicht interessiert. Zwei Ausnahmen sind zu erwähnen:

1. *Hansen* ist in seiner bereits zitierten Untersuchung, die Streikzahlen der USA über eine längere Zeit hinweg verfolgt, als es für Deutschland möglich wäre, zu dem Ergebnis gekommen, daß sich Streikfluktuation und Konjunkturverlauf in den verschiedenen Phasen der langen Wellen, den rund 50 Jahre dauernden Konjunkturzyklen, unterschiedlich verhalten haben. In Perioden langfristig steigender Preise schwangen sie ineinander, in Perioden langfristig fallen-

<sup>21</sup> Vgl. zu Streikfluktuationen: Correspondenzblatt Jg. 6 (1896), S. 169, Jg. 9 (1899) S. 278, Jg. 18 (1908), Anhang I S. 197, Jg. 19 (1909), Anhang I S. 202, Jg. 20 (1910), Anhang I S. 193, Jg. 21 (1911), Anhang I S. 198, Jg. 23 (1913), Anhang I S. 201; zur Dauer: Jg. 9 (1899), S. 274; zu Angriff- und Abwehrstreiks: Jg. 5 (1895) S. 164, Jg. 9 (1899) S. 274, Jg. 11 (1901) S. 453, Jg. 19 (1909), Anhang I S. 202; zum Streikerfolg: Jg. 3 (1893) S. 112, Jg. 13 (1903) S. 616, Jg. 15 (1905) S. 653, Jg. 18 (1908), Anhang I S. 197, Jg. 19 (1909), Anhang I S. 201 f., Jg. 21 (1911), Anhang I S. 200; bisher ist offen, welche Konjunkturindikatoren außer der Arbeitslosenquote (im Correspondenzblatt regelmäßig veröffentlicht) von den Gewerkschaften beobachtet wurde.

<sup>22</sup> Ebd., Jg. 3 (1893) S. 114, ebenso Jg. 12 (1902) S. 414, Jg. 13 (1903) S. 624, Jg. 21 (1911), Anhang I S. 201.

<sup>23</sup> Ebd. Jg. 21 (1911), Anhang I S. 205.

der Preise — wie etwa in der „Großen Depression“ von den siebziger bis zu den neunziger Jahren — entwickelten sie sich gegenläufig. Diese Ergebnisse könnten darauf hindeuten, daß die Geltung der in Teil II diskutierten Modelle im Zusammenhang mit den langen ökonomischen Wechsellagen gesehen werden muß. Ob das Protest-Modell für die Abschwungphase einen ebenso hohen Erklärungswert hat wie das Anpassungsmodell für die Aufschwungphase, kann nur eine spezielle Untersuchung erweisen und ist hier nicht zu entscheiden.

2. *Hobsbawm* hat seiner Studie<sup>24</sup> über Formwandel und Ursachen sozialer Bewegungen seit 1800 die drei Entwicklungsphasen der kapitalistischen Wirtschaft als Periodisierungsschema zugrunde gelegt: erstens die Vorbereitung der Industrialisierung, zweitens die Periode des klassischen Wettbewerbs und drittens den organisierten Kapitalismus — bei *Hobsbawm* „state and corporation capitalism“. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt in der ersten und zweiten Phase, wobei der „ökonomischen Wasserscheide“ zwischen beiden — für Westeuropa auf etwa 1850 datiert — auch eine Änderung des Protestverhaltens entspricht. In der vor- und frühindustriellen Wirtschaft häuften sich die Proteste, darunter auch Streiks, nicht während des Aufschwungs, sondern in der Krise. Die Depression begann im Agrarsektor, meist als Folge von Mißernten, und beeinflusste den gewerblichen Sektor durch Knappheit und Teuerung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln sowie durch sinkende Kaufkraft der Agrarbevölkerung. Mangelnde Nachfrage dieses Hauptabnehmers gewerblicher Produkte bedeutete Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne. So gerieten die gewerblichen Unterschichten von der Lohn- und Kostenseite unter Druck. Eine besondere Schärfe der vor- und frühindustriellen Krise lag darin, daß Tiefpunkt der Depression und Höhepunkt der Lebenshaltungskosten tendenziell zusammenfielen. Dieser fatale Mechanismus konnte sich zudem ungehindert auswirken, da die schwach entwickelte Infrastruktur einen raschen überregionalen Ausgleich des Nachfrageüberhangs nur selten zuließ und sozial- und wirtschaftspoli-

---

<sup>24</sup> Eric *Hobsbawm*: *Economic Fluctuations and some Social Movements since 1800*. *Economic History Review*, N.S. Vol. V (1952) S. 1 - 25; wieder abgedruckt in: *Ders.: Labouring Men*. London 1964. S. 126 - 157. — Die Ergebnisse dieses Aufsatzes, der für die historische Konfliktforschung eine Pionierleistung gewesen ist, können hier nur in schematischer Vereinfachung wiedergegeben werden. Das gilt insbesondere für die sehr differenzierte Untersuchung der Streikursachen und -formen der Industriewirtschaft, deren reale Entwicklung die der Periodisierung zugrunde liegenden Bedingungskonstellationen selten in idealtypischer Reinheit, sondern durchweg in unterschiedlicher Mischform und Gemengelage zeigt. — Das von *Hobsbawm* benutzte Modell der vorindustriellen Krise ist von Ernest *Labrousse* (*Esquisse du mouvement des prix et des revenus en France au XVIII<sup>e</sup> siècle*. Paris 1933) entwickelt worden. Vgl. dazu Wilhelm *Abel*: *Hungersnöte und Absatzkrisen im Spätmittelalter*. In: *Otto Brunner u. a.* (Hrsg.): *Festschrift für Hermann Aubin zum 80. Geburtstag*. Bd. 1. Wiesbaden 1965. S. 3 ff.



tische Instrumente zur Krisendämpfung nahezu völlig fehlten. Ohne Organisation und Perspektive blieb den Betroffenen nur der spontane Protest: Wie die Krise vom „ancien type“ (*Labrousse*) die ökonomischen Fluktuationen noch weit über den Beginn der Industrialisierung hinaus geprägt hat, so der Typus der Brotrevolte die Form und den Rhythmus des sozialen Protests.

Mit dem Übergang zur Phase des klassischen Wettbewerbs und der Durchsetzung der zyklischen Wirtschaftskrisen begann sich auch das Protestverhalten zu ändern. Die Entstehung der Arbeiterschaft und ihre vielzitierte Disziplinierung wäre als ausschließlich passive Anpassung an die Bedingungen der industriellen Wirtschaft mißverstanden. Sie war zugleich ein aktiver Lernprozeß der zunächst materiellen, dann auch politischen Selbstbehauptung unter diesen Bedingungen. Dieser Lernprozeß spiegelt sich quantitativ in den wachsenden Streikzahlen und qualitativ in der Streikmassierung in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs: Die kollektive Arbeitsverweigerung wurde nicht nur als das dem ökonomischen Entwicklungsstand angemessene Mittel der Interessenwahrung erkannt, sondern auch zunehmend rationaler angewandt. Das ist, soweit es die im Aufsatz gebotene Kürze und der quantifizierende Ansatz gestatten, in Teil II gezeigt worden.

Es werden nun die quantitativen Veränderungen untersucht, denen die Streikbewegung in Deutschland während des Übergangs zur dritten Phase unterworfen war, die hier als „Organisierter Kapitalismus“ bezeichnet werden soll. Dieser Begriff ist neuerdings von *Wehler* und *Kocka* in die deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte eingeführt worden<sup>25</sup> und soll zwei sozialökonomische Grundveränderungen in Deutschland des späten 19. und/oder frühen 20. Jahrhunderts erfassen: erstens den Abbau der klassischen Konkurrenzwirtschaft und die verstärkte Konzentration innerhalb der Wirtschaft, sei es durch Entwicklung von Kartellen wie besonders intensiv in der Schwerindustrie, sei es durch die Entstehung von Konzernen wie im Bankensektor, in der Elektro- und chemischen Industrie, zweitens die wachsende Verflechtung von Staatsverwaltung und Wirtschaft. Zeitlich parallel zur wirtschaftlichen Konzentration setzte dieser Prozeß in seinen ersten Anfängen im Anschluß an die Gründerkrise mit verstärktem staatlichem Interventionismus ein. Das Problem einer genaueren Datierung des Übergangs zum Organisierten Kapitalismus ist allerdings bisher

---

<sup>25</sup> Vgl. Hans-Ulrich *Wehler*: Theorieprobleme der modernen deutschen Wirtschaftsgeschichte (1800 - 1945). In: Gerhard A. *Ritter* (Hrsg.): Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag. Berlin 1970. S. 82 ff. — Jürgen *Kocka*: Unternehmensverwaltung und Angestellten-schaft am Beispiel Siemens 1847 - 1914. Stuttgart 1969. S. 315 ff.

noch nicht aufgegriffen worden und daher zu umfangreich, um hier behandelt werden zu können.

Mit diesen beiden Komponenten des Organisierten Kapitalismus hängt nun eine dritte zusammen, die für die Analyse der Streikbewegung wichtig ist: die forcierte Entwicklung der Verbände und der zunehmend höhere Organisationsgrad in den Konflikten und Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern.

Die Verflechtung von Staatsverwaltung und Wirtschaft und die Entstehung eines Systems von Interessenverbänden sind eng zusammengehörende Prozesse. Der von Interessenverbänden mitgetragene, verstärkte staatliche Interventionismus und imperialistische Expansionismus zog eine Ausweitung verbandlicher Tätigkeitsfelder im Bereich der Interessenpolitik (als Gutachter, Informationsträger, Veranstalter von Enqueten usw.) nach sich. Die Attraktivität der Verbände gegenüber ihren Mitgliedern nahm damit zu, umgekehrt stieg dadurch ihr Gewicht gegenüber der Staatsverwaltung. Ebenso hat die wirtschaftliche Konzentration die Entstehung von Verbänden gefördert, sei es, daß die Kartelle und Syndikate Organisationsneigungen unter Unternehmern einübten und verstärkten, sei es, daß sie den Verbänden Potential vor allem finanzieller und personeller Art zur Verfügung stellten. Diese forcierte Entwicklung der Unternehmerverbände hat die Bedingungen für Streiks geändert, da sie das Fundament für die arbeitsteilig operierenden Arbeitgeberverbände bildeten, die anfangs vor allem als Instrumente der Unternehmer in Streikkonflikten dienten und schon vor 1914 bis hin zu zentralen Organisationen ausgebaut worden sind.

Auf der anderen Seite stieg im Übergang zum Organisierten Kapitalismus der Organisationsgrad der Arbeiter. Die geschilderte Verflechtung von Staatsverwaltung und Wirtschaft und die als Folge der Organisation gegebene Koordination der Unternehmer im Arbeitskampf verschärfen den Konflikt mit der Arbeiterschaft, erleichterten deren Organisierbarkeit und erhöhten ihre organisierte Disziplin. Auch auf der Arbeitnehmerseite verband sich organisatorisches Wachstum mit Zentralisierungstendenzen, wie die steigenden Mitgliederzahlen der Berufsverbände und die zunehmende Beteiligung der Generalkommission der freien Gewerkschaften an Arbeitskonflikten erkennen lassen. Die erfolgreiche Entwicklung der Gewerkschaften regte wiederum die Organisationsbereitschaft der Unternehmer an. So vollzog sich in wechselseitiger Verstärkung ein dialektischer Prozeß der Organisation von Unternehmern und Arbeitern. In den eineinhalb Jahrzehnten von 1890 bis 1905 vervielfachte sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Deutschland. Kurz vor der Jahrhundertwende setzte eine Welle von Verbandsgründungen der Arbeitgeber ein, die schließlich

mit der Bildung zweier Spitzenverbände (1904) einen Höhepunkt erreichte.

Damit bestanden die organisatorischen Voraussetzungen für die Rationalisierung des Arbeitskampfes. Sie zeigt sich nicht nur in der geschilderten Tendenz zur konjunkturgerechten Zeitwahl, sondern auch in einem Wandel der Streikformen. In seiner frühen Entwicklungsphase war der Streik gekennzeichnet durch starke spontane Elemente und wenig Organisation. Er begann aus akutem Anlaß, erreichte in sprunghaftem Anschwellen schnell seinen Höhepunkt. Blieb er ohne Erfolg, so lief er meist in einem Prozeß langsamen Abbröckelns aus, häufig ohne ein förmliches Ende zu finden. Der langen Streikdauer entsprach eine niedrige durchschnittliche Teilnehmerzahl, der geringen Streikdisziplin der häufige Konflikt mit den staatlichen Ordnungskräften. In diesem denkbar unökonomischen Einsatz des Streiks spiegelt sich nicht nur die Schwäche der jungen Arbeiterbewegung, sondern auch der niedrige Entwicklungsstand der deutschen Wirtschaft allgemein. Kleine Betriebseinheiten und beschränkte Kommunikationsmöglichkeiten ließen größere koordinierte Streikaktionen kaum zu. Erst im Verlauf der weiteren industriewirtschaftlichen Entwicklung, ihrer institutionellen Verfestigung, der Ausbildung und Organisation der unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und politischen Interessen kam es dann zur Formalisierung der daraus resultierenden Konflikte und des Konfliktaustrags. Funktion und Physiognomie des Streiks änderten sich. Mit zunehmendem Einfluß der Gewerkschaften verdrängte die Organisation die Spontaneität. Aus der defensiven Arbeitsverweigerung als Protest gegen schlechte Arbeitsbedingungen wurde die kalkulierte Demonstration der Stärke im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Sie sollte bei möglichst geringen Kosten möglichst effektiv sein. Entsprechend tendierte die durchschnittliche Streikbeteiligung nach oben, seine Dauer und unkontrollierte Militanz nach unten. Der moderne ökonomische Streik ist häufig kurz und beteiligungsstark. Er ist zentral geplant, organisiert und gesteuert<sup>26</sup>.

Die neuen Methoden des Konfliktaustrags haben sich nur allmählich, in einem kontinuierlichen Lernprozeß und gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt. Die gewerkschaftlichen Rationalisierungsbemühungen sahen sich einer gegenläufigen Tendenz konfrontiert, die sich aus der analogen Strategie der Unternehmer ergab: Der Einsatz des organisierten Potentials beider Seiten konnte zu Arbeitskämpfen von bisher unbekanntem Ausmaß an Dauer und Beteiligung führen — es sei nur an die großen Ausstände der Bergarbeiter erinnert<sup>27</sup>.

<sup>26</sup> Zur „Physiognomie“ des Streiks vgl. *Shorter* und *Tilly*: a.a.O., S. 66 ff.

<sup>27</sup> Wie und mit welchem Erfolg sich in diesem Kräftefeld die Ausformung des neuen Streikverhaltens im einzelnen vollzog, kann daher nur eine spezielle Unter-

Im Gegensatz zu allen anderen Streikkriterien weicht die Streikhäufigkeit zunächst von der erwarteten Entwicklung ab. Anstatt einer weiteren Steigerung trat ab 1906 eine Verlangsamung der Streikzuwachsrate ein. Bis 1908 könnte das — wie für die Wirtschaftskrise von 1901/02 — aus der konjunkturellen Situation erklärt werden. Spätestens mit dem Aufschwung ab 1910 hätten aber auch die Streikzahlen wieder schneller wachsen müssen. Doch die Wachstumsstörung setzte sich fort. Zwischen 1893 und 1900 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Streiks 24 %. Sie sank zwischen 1900 und 1905 auf etwas über 21 % und stürzte dann nach 1905 auf 2 %. Die Schärfe dieses Bruchs verdeutlicht folgende Überlegung: Hätte man 1900 aufgrund der damaligen Erfahrungen eine Streikprognose für das Jahr 1905 versucht, so wäre die Realität von der Projektion nur um 26 % verfehlt worden. Dasselbe im Jahre 1905 für 1913 unternommen, hätte eine Differenz zur Wirklichkeit von 80 % ergeben<sup>28</sup>.

Der Zeitpunkt der Wachstumswende läßt sich nicht präzise festlegen, doch fällt er ohne Zweifel in die Endphase jener Entwicklung, die hier als Übergang zum Organisierten Kapitalismus bezeichnet worden ist und die tendenziell zu einer weiteren Zunahme der Arbeitskämpfe hätte führen müssen. Es soll deshalb untersucht werden, welche Faktoren den erwarteten Trend gestört haben.

Da die Wachstumsabschwächung der Industrie und der gewerkschaftlichen Organisation die Stagnation des Streikwachstums allenfalls partiell erklären kann<sup>29</sup>, dürften die ausschlaggebenden Ursachen im Wan-

---

sungung klären. Wir beschränken uns hier weiterhin auf den einen Aspekt der Streikhäufigkeit.

<sup>28</sup> Die Wachstumsraten beziehen sich nicht direkt auf die Streikzahlen. Um Verzerrungen durch Extremwerte einzelner Jahre zu vermeiden, sind zunächst gleitende Fünfjahres-Durchschnitte der Streikzahlen und aus diesen „geglätteten“ Werten dann die Wachstumsraten errechnet worden. Die Darstellung stützt sich auf die Zahlen der Generalkommission. Die Reichsstatistik ergibt kein wesentlich anderes Bild. Von 1901 bis 1905 wuchs nach ihren Angaben die Zahl der Streiks durchschnittlich noch um 15 % pro Jahr, von 1905 bis 1911 sank sie dagegen um knapp 1 %. Auch diese Berechnung basiert auf gleitenden Fünfjahres-Durchschnitten.

<sup>29</sup> Nach der Jahrhundertwende verlangsamte sich das Wachstumstempo der Industrie und entsprechend auch das der Industriearbeiterschaft: Betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der industriell Beschäftigten und damit des Hauptteils des Streikenden-Potentials zwischen 1893 und 1900 noch 3,4 %, so sank sie für die Zeit von 1900 bis 1905 auf 2,7 %, zwischen 1905 und 1911 auf 2,5 %. Die Mitgliedszahlen der Freien Gewerkschaften stiegen zwischen 1893 und 1900 um 22 %, zwischen 1900 und 1905 noch um 17 %, von 1906 bis 1911 dagegen nur noch um knapp 9 % jährlich (Berechnung wie in Fußn. 28 angegeben). In beiden Fällen zeigen sich also Veränderungen, die nach den Jahren stürmischer Entwicklung eine gewisse Sättigung und den Beginn einer Phase langsameren Wachstums andeuten. Das könnte parallele Erscheinungen im Streikverhalten erklären, nicht aber einen Rückgang der Streikzuwachsrate von 24 % (1893 - 1900) auf 10 % (1900 - 1911), d. h. einen Wachstumsbruch. Die Stagnation des Streikwachstums zeigt sich auch

del der Konfliktformen zu suchen sein, die wiederum im engen Zusammenhang mit der Ausbildung des Organisierten Kapitalismus stehen und den Wachstumsbruch der Streikhäufigkeit als ein Kennzeichen der Übergangsphase erscheinen lassen.

1. Die gewerkschaftlich geförderte Tendenz zum beteiligungsstarken Streik mußte die Streikzuwachsrate drücken: Weniger, aber dafür größere Streiks könnten an die Stelle einer Vielzahl kleinerer Ausstände getreten sein. In gewissem Umfange ist das sicher geschehen. Doch einen so kräftigen und „termingerechten“ Anstieg der durchschnittlichen Streikbeteiligung, daß damit der Wachstumsbruch erklärt werden könnte, hat es nicht gegeben. Nach den Zahlen der Generalkommission berechnet, betrug die durchschnittliche Teilnehmerzahl pro Streik (inkl. Aussperrungen)

1890 - 1894 .....	87
1895 - 1899 .....	122
1900 - 1904 .....	89
1905 - 1909 .....	107
1910 - 1913 .....	124

Zudem zeigte sich der Wachstumsbruch nicht nur in der Zahl der Streiks, sondern auch in der Zahl der Streikenden. Hier lag die durchschnittliche Wachstumsrate 1893 - 1900 und 1900 - 1905 bei 32 % bzw. 29 %, 1905 - 1911 dagegen bei wenig mehr als 2 %<sup>30</sup>.

dann, wenn man den Einfluß der genannten Faktoren ausschließt, indem man die Streikfrequenz auf die Zahl der industriell Beschäftigten bzw. gewerkschaftlich Organisierten bezogen mißt:

Durchschnitt der Jahre	Streiks und Aussperrungen	
	auf 100 000 Beschäftigte	auf 10 000 Gewerkschafts- mitglieder
1891 - 1894 .....	1,8	4,4
1895 - 1899 .....	9,1	15,6
1900 - 1904 .....	13,2	13,3
1905 - 1909 .....	27,0	14,8
1910 - 1913 .....	27,5	12,2

*Quellen:* Beschäftigte: Franz Grumbach und Heinz König: Beschäftigung und Löhne in der deutschen Industriegewirtschaft 1888 - 1954. Weltw. Archiv, Bd. 79 (1957), S. 128 f. Gewerkschaftsmitglieder: Zwing: a.a.O., S. 112. Streikzahlen: Vgl. Anhang Tab. I.

<sup>30</sup> Berechnet auf der Grundlage von Fünfjahres-Durchschnitten nach den Angaben der Gewerkschaftsstatistik.

2. Weitaus wichtiger als der noch zögernde Formwandel des Streiks ist in diesem Zusammenhang sein Funktionswandel. Andere, streiklose Methoden des Arbeitskampfes gewannen so schnell und so stark an Bedeutung, daß die Gewerkschaftsstatistik sie seit 1905 in ihrer Berichterstattung gesondert aufführte. Nach dieser Statistik stieg die Zahl der „Bewegungen ohne Arbeitseinstellung“ um durchschnittlich 12% im Jahr (Abb. 3)<sup>31</sup>. Hier gab es keinen Wachstumsbruch: Die

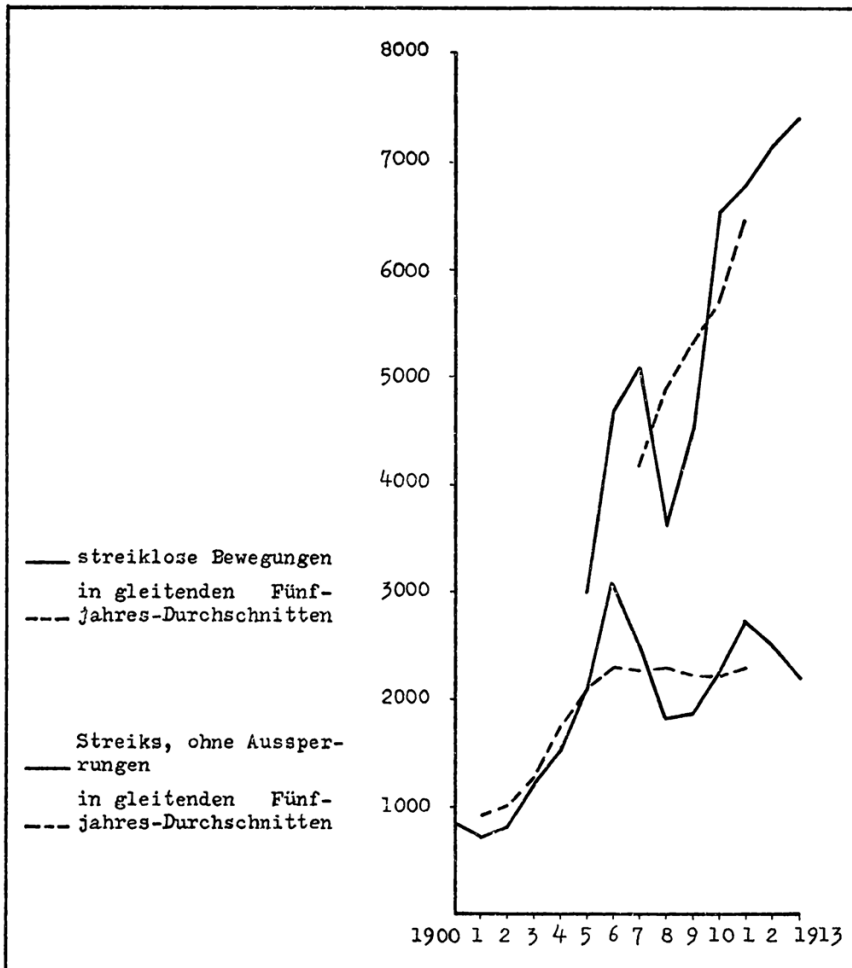


Abb. 3: Streik und streiklose Bewegungen<sup>31a</sup>

<sup>31</sup> Die Berechnung erfolgte nach den Angaben im Correspondenzblatt, Jg. 24 (1914), Anhang I, S. 282 (Tab. 30). — Vgl. auch Rist: a.a.O., S. 417. — Als „Bewegung ohne Arbeitseinstellung“ bezeichneten die Gewerkschaften alle kollektiven

Arbeitskonflikte nahmen auch im Jahrzehnt vor dem Weltkrieg weiterhin schnell zu. Was sich änderte, war die Art ihrer Austragung. Die neuen Formen des organisierten Konflikts erlaubten eine Strategie abgestufter Konfliktverschärfung. Der Streik war nicht mehr die einzige Waffe der Arbeiter, sondern stand — zumindest nach der Theorie der Gewerkschaft — als wirksamstes Druckmittel am Ende einer ganzen Reihe von Arbeitskampfformen und wurde erst eingesetzt, wenn diese versagt hatten<sup>32</sup>. Im organisierten Konflikt konnte die Drohung mit dem Streik eine Bedeutung gewinnen, wie zuvor nur der Streik selbst. Dieser partielle Funktionswandel erklärt seinen sinkenden Anteil an den Arbeitskonflikten insgesamt und den Wachstumsbruch der Streikhäufigkeit. Machten die Streiks 1905 noch 39 % aller „Bewegungen“ aus, so 1913 nur noch 22 %<sup>33</sup>.

Die ständige Möglichkeit des Streiks, seine „latente Kraft“, wie *Bernstein* formulierte, verlieh den vorgeschalteten Formen der Auseinandersetzung überdies eine ähnliche Effizienz. Die Entwicklung der Konfliktresultate von 1905 - 1913 (Tab. II im Anhang) zeigt das deutlich. Bereits 1905 wurden 64 % aller Arbeitnehmererfolge streiklos erzielt und nur 33 % in Streiks. 1913 war der Anteil der Streiks noch weiter gesunken. Nun stellte sich das Verhältnis auf 77 % : 19 %. Dieser Rückgang wird noch klarer und zugleich verständlicher, wenn man den Erfolg auf die am Arbeitskampf Beteiligten bezieht. Ein streikender Arbeiter hatte in den Jahren 1905 - 1913 eine recht konstante Erfolgchance von etwa 45 %. Für den an streiklosen Bewegungen Beteiligten betrug sie ebenso konstant 78 %. Diese Differenz fällt um so stärker ins Gewicht, als der Streik mit erheblichen materiellen und psychischen Belastungen verbunden war. Sie lassen sich für den betroffenen Arbeiter nicht quantitativ fassen<sup>34</sup>. Aber die Aufwendungen der Gewerkschaften bieten für den materiellen Aspekt einen brauchbaren Ersatz und erklären das auch finanzielle Interesse der Organisation an einem sparsamen Einsatz der Streikwaffe. Den Freien Gewerk-

---

Aktionen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die nicht zu Streiks und/oder Aussperrungen führten.

<sup>31a</sup> Die der Grafik zugrunde liegenden Daten sind Tab. II im Anhang entnommen.

<sup>32</sup> Die Einstellung der Freien Gewerkschaften zum Streik hat in Eduard *Bernsteins* Beitrag zur Massenstreikdebatte (Der Streik. Sein Wesen und sein Wirken. Frankfurt 1906.) ihre klassische Darstellung und Begründung gefunden. Für *Bernstein* war der Streik ein gewerkschaftliches Kampfmittel unter vielen mit der deutlichen Tendenz zur „ultima ratio“. Ebd., S. 33, 37.

<sup>33</sup> Berechnet nach den Angaben im Correspondenzblatt, Jg. 24 (1914), Anhang I, S. 282 (Tab. 30).

<sup>34</sup> *Oldenberg* (a.a.O., S. 922) schätzt allein den durchschnittlichen Lohnverlust eines streikenden Arbeiters im Jahre 1904 auf 60 Mark. Das ist nicht wenig, wenn man nach derselben Quelle den durchschnittlichen Monatslohn für diese Zeit mit 80 - 100 Mark ansetzt.

schaften entstanden nach eigenen Angaben<sup>35</sup> von 1905 - 1909 Streikkosten in Höhe von 27,6 Mio. Mark. Das sind 65 Mark pro erfolgreich Streikenden im Durchschnitt des Jahrfünfts, ein Betrag, der auf 85 Mark im Durchschnitt der Jahre 1910 - 1913 anstieg. Dabei ist die gewerkschaftliche Unterstützung Ausgesperrter, die ja auch zu den Kosten des Erfolgs gehört, nicht einmal berücksichtigt. Im Vergleich dazu kosteten die streiklosen Erfolge pro Person fast nichts, etwa 40 Pfennig (1905 - 1909) bzw. 90 Pfennig (1910 - 1913).

Bei aller Aussagekraft für die Methodenpräferenz der Gewerkschaften im Arbeitskampf darf der Kostenvergleich freilich nicht überinterpretiert werden. Denn nur vollzogene Streiks konnten den Ernst der Streikdrohung demonstrieren, in deren Klima auch streiklose Erfolge gediehen. Unter der Voraussetzung des formalisierten Konflikts, d. h. der Bindung der Gegner an Regeln der Auseinandersetzung, die ihr Verhalten wechselseitig kalkulierbar machen, müssen Streiks — über ihr Nahziel hinaus — als Investitionen für streiklose Erfolge verstanden werden. So gesehen sinkt der Kosten-Erfolgs-Quotient erheblich: Die Aufwendungen der Gewerkschaften pro erfolgreich an einem Arbeitskampf Beteiligten stellen sich dann für beide Vergleichszeiträume auf rd. 20 Mark<sup>36</sup>.

Eine Folge der geschilderten Entwicklung und zugleich der vielleicht beste Einzelindikator für die organisationsabhängigen Veränderungen im Verhältnis von Arbeitern und Unternehmern in dieser Zeit ist die sprunghaft wachsende Zahl von Tarifverträgen. Um die Jahrhundertwende waren sie noch äußerst selten<sup>37</sup>. Am 31. 12. 1912 bestanden bereits für 15 0/0 aller industriell Beschäftigten kollektive Lohnvereinbarungen<sup>38</sup>. An der Spitze lag das traditionell gut organisierte Druck-

<sup>35</sup> Berechnet nach den Angaben im Correspondenzblatt, Jg. 24 (1914), Anhang I, S. 282 - 284 (Tab. 30, 33, 34, 35). — Die Streikkosten betragen: 27 636 882 Mk (1905 - 09), 34 566 785 Mk (1910 - 13); die Aufwendungen für streiklose Bewegungen: 746 438 Mk (1905 - 09), 2 160 848 Mk (1910 - 13). Die den Lokalorganisationen entstandenen Kosten sind in diesen Beträgen nicht enthalten.

<sup>36</sup> Die Kosten der Freien Gewerkschaften für alle „Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung“ betragen 47 656 342 Mk (1905 - 09) und 61 740 274 Mk (1909 bis 1913) (ebd., Tab. 30). Dividiert durch die Zahl der an Bewegungen Beteiligten ergibt sich für beide Perioden ein Erfolgsaufwand von 19,80 Mk.

<sup>37</sup> Verlässliche Zahlen fehlen. Waldemar Zimmermann (Art. Tarifverträge. In: Handw. d. Staatsw. 3. Aufl. Bd. 7. Jena 1909. S. 1094) läßt sie „erst im neuen Jahrhundert in Deutschland ... tiefgreifende öffentliche Bedeutung erhalten“. In diesem Art. auch Zahlen ab 1903. Vgl. auch Fanny Imle: Die Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland. Jena 1907. S. 77 ff.

<sup>38</sup> Beschäftigtenzahl nach Grumbach und König: a.a.O., S. 129. Die kontinuierliche Tarifstatistik beginnt in Deutschland für 1908 als Zählung der jährlich neu in Kraft getretenen Tarifverträge. Die wesentlich aufschlußreichere Bestandserfassung setzt 1912 ein mit dem 7. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt unter dem Titel: Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1912. Berlin 1913. Die Freien Gewerkschaften haben die Angaben des Kaiserlich Statistischen Amtes in ihren Cor-



gewerbe mit 39 %<sup>39</sup>. Die Tarifverträge waren auf der Arbeitnehmerseite nahezu ausnahmslos von Organisationen abgeschlossen worden. Entsprechend hoch war der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten an den tariflich gebundenen Arbeitern. Genaue Zahlen fehlen leider. Das Kaiserliche Statistische Amt bezifferte ihn — mit Sicherheit zu niedrig — auf 54,1 %. Die Freien Gewerkschaften schätzten ihn — wohl zu hoch — auf 93 % unter Einbeziehung der christlichen Verbände und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Die Rolle der organisierten Interessenvertretung beim Übergang zum kollektiven Arbeitsvertrag wird in diesen Zahlen noch einmal deutlich, ebenso die Entschärfung des Arbeitskonflikts, die mit diesem Prozeß verbunden war: Von den 3 821 Tarifverträgen, die die gewerkschaftlichen Zentralverbände im Jahre 1912 abgeschlossen hatten, waren 79,5 % „friedlich“, d. h. ohne Streik und Aussperrung zustande gekommen.

Der kollektive Arbeitsvertrag schuf keine neuen Verhältnisse, er brachte sie nur zum Ausdruck. Entscheidende Voraussetzung war die erfolgreiche Organisation. In jedem Streik und jeder Aussperrung wurde auch um das Prinzip der organisierten Interessenvertretung gekämpft, und jeder Streikerfolg war auch ein Erfolg für die Anerkennung der Gewerkschaften als zuständige Instanz für Abmachungen, die das Arbeitsverhältnis aller betrafen. Der Kampf um die Organisation war der Kampf gegen die faktische Macht der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen einseitig zu bestimmen. Deshalb wurde er so hart und erbittert geführt. Den Unternehmern ging es um die Herrschaft im eigenen Haus, den Arbeitern um die Emanzipation davon. Die Unvereinbarkeit der Ziele und die Schärfe des Konflikts denunzierten den Gedanken des Tarifvertrags lange Zeit für die eine Seite als liberale „Harmonieduselei“, für die andere als Aufgabe unternehmerischer Entscheidungsfreiheit. Aber das Ergebnis war einem aufmerksamen Beobachter der englischen Szene bereits klar, bevor noch die Auseinandersetzung in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht hatte. Am Ende, schrieb Lujo Brentano 1890, „siegt, was der Entwicklungsstufe und der Natur der Verhältnisse entspricht; man kommt überein, über den Preis der Arbeit zu verhandeln, wie man über den Preis jeder Ware verhandelt; nur besteht ein durch die Natur der in Frage stehenden Ware bedingter Unterschied: da erst die Organisation die Arbeiter

---

respondenzblättern kommentiert und ergänzt. Zu 1912 vgl. Correspondenzblatt, Jg. 24 (1914), Anhang I, S. 29 ff., auf dessen Angaben auch die hier genannten Zahlen zurückgehen. Als Tarifvertrag zählt die Statistik „jede Vereinbarung zwischen Arbeitgebern . . . und Arbeitnehmern . . . über Lohn- und Arbeitsbedingungen künftig zu schließender Arbeitsverträge“.

<sup>39</sup> Berechnet nach der Beschäftigtenzahl im Druckgewerbe bei Grumbach und König: a.a.O., S. 129. Die höhere Angabe der Reichsstatistik (50,1 %) erklärt sich aus dem Bezug auf die Beschäftigtenzahl der Betriebszählung von 1907. Sonderheft, a.a.O., S. 27\*.

in die Lage anderer Warenverkäufer versetzt, wird hier der Preis festgesetzt durch Verhandlungen zwischen den Organisationen beider Interessenparteien<sup>40</sup>. Das „moderne Vertragsverhältnis“, der kollektive Tarifvertrag, tritt an die Stelle der alten individuellen Regelungen.

Die organisatorische Voraussetzung für die von ihm prognostizierte Entwicklung sah *Brentano* 1890 in Deutschland erst bei den Buchdruckern gegeben. Zwanzig Jahre später hatten sich seine Erwartungen vor allem bei den Gewerkschaften, teilweise auch bei den Unternehmern erfüllt: 1899 entschlossen sich die Freien Gewerkschaften auf ihrem Kongreß in Frankfurt, tarifliche Vereinbarungen „als Beweis der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen“ anzusehen, und empfahlen sie für Berufszweige, „in welchen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer wie auch der Arbeiter vorhanden ist“<sup>41</sup>. Im selben Jahr sprachen sich die christlichen Gewerkschaften für das den Tarifverträgen zugrunde liegende kollektive Verständigungs- und Friedensprinzip aus.

Die zentralen Arbeitgeberverbände brauchten weitaus länger, um ihren Standpunkt zu revidieren. Im „Verein Deutscher Arbeitgeber“, dem Arbeitgeberspitzenverband der im politischen Entscheidungsprozeß benachteiligten Industriellengruppen besonders aus der Konsumgüterindustrie, trat man seit 1905, also praktisch seit der Gründung, für die Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner ein und schloß damit im Prinzip die kollektive Festsetzung der Arbeitsbedingungen nicht mehr aus. Eine geringere politische Integration dieser gemäßigten Unternehmergruppen, geringere Kapitalreserven im Streikfall, aber auch geringere Substitutionsmöglichkeiten für in diesem Bereich höher qualifizierte Arbeitskräfte dürften wichtige Bedingungen für die veränderte, im „Bund der Industriellen“ allerdings schon vorher angelegte Einstellung zum Tarifvertrag gewesen sein. Offensichtlich wurde jedoch diese Entscheidung bei den Tarifabschlüssen nur sehr langsam wirksam. Bis 1912 haben sich industrielle Arbeitgeberverbände auch im Bereich der Konsumgüterindustrie nur selten beteiligt; die Zahl der von Tarifverträgen erfaßten Arbeiter blieb auch hier relativ gering<sup>42</sup>. Bau- und graphisches Gewerbe bildeten hier eine Ausnahme. Die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“, vor allem von Roh-, Halbzeug- und Produktionsmittelproduzenten getragen

<sup>40</sup> *Lujo Brentano*: Über die Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrags. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. XLV. Leipzig 1890. S. XXXIII.

<sup>41</sup> *Zimmermann*: a.a.O., S. 1103.

<sup>42</sup> Sonderheft, a.a.O., S. 27\*, 8 ff.; *Karl Gustav Werner*: Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der Deutschen Bauwirtschaft. Berlin 1968. S. 63 ff.; *Gerhard Kessler*: Die deutschen Arbeitgeberverbände. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 124. Leipzig 1907. S. 308 ff.

und vom Centralverband Deutscher Industrieller kontrolliert, lehnte dagegen Tarifverträge weiterhin ab. Als 1913 beide Arbeitgeberspitzenverbände fusionierten, scheint man dieses Problem ausgeklammert zu haben<sup>43</sup>. So war es wohl ein Ausdruck der öffentlichen Hoffnung, aber in Bezug auf die Unternehmer vor 1914 zu optimistisch, wenn der liberale Streikforscher *Oldenberg* die Arbeitskampfkoalitionen beider Seiten den Kräften beirechnete, „die auch wider Willen dem sozialen Frieden vorarbeiten“<sup>44</sup>.

Immerhin läßt sich als Ergebnis festhalten, daß die gleiche erfolgsorientierte Rationalität organisierter Interessenwahrung, die die Konjunkturabhängigkeit des Streiks plausibel macht, auch hinter dem Wandel der Arbeitskampfformen steht, der als zweiter hier betrachteter Faktor die Streikhäufigkeit beeinflußt hat. Prägten wirtschaftliche Konjunktur und konjunkturelles Kalkül die kurzfristigen Schwankungen, so bestimmte er die langfristige Tendenz.

Der Streik war das bevorzugte Kampfmittel in der Organisationsphase der Arbeiterbewegung. Sein Wert für die Organisation der Arbeiter gegen den Kapitalismus wurde von der revolutionären Theorie höher geschätzt als seine nach den klassischen Lohngesetzen ohnehin sehr begrenzten und überdies des Reformismus verdächtigen Erfolgsmöglichkeiten im Kapitalismus. Der katholische Publizist *Joerg* hatte die Streiks deshalb schon 1867 dem „System des liberalen Oeconomismus“ zugerechnet und festgestellt: „Mit der neuen Bewegung der Sozialdemokratie haben sie dagegen nichts zu tun, außer daß sie allerdings ein sehr gutes vorbereitendes Mittel sind, ein treffliches Exerctium für die taktischen Maßnahmen der Zukunft. Denn derlei Bewegungen geben den Arbeitern Gelegenheit, sich zu organisieren, sich zu zählen und ihre Kraft zu messen“<sup>45</sup>.

Die weitere Entwicklung zwang nicht nur die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften als Teil der Arbeiterbewegung anzuerkennen, sie zeigte auch, daß der Streik erheblich mehr war als der Motor der Organisation. Der Streik erwies sich als ein effizientes Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter im Kapitalismus, und er war nach den sorgfältigen Beobachtungen der Gewerkschaften um so effizienter, je stärker die Organisation war, die hinter ihm stand. Die Streikstatistik bewies, wonach die deutsche Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen gehandelt hatte, daß die Organisation die Bedingung des Erfolges war. Mit der erfolgreichen Organisation veränderte sich die Funktion des Streiks. Im Kräftepatt des „bewaffneten Friedens“ (*Bernstein*) wur-

<sup>43</sup> Fritz *Tänzler*: Die deutschen Arbeitgeberverbände 1904-1929. Berlin 1929. S. 34 ff., 70 ff.

<sup>44</sup> *Oldenberg*: a.a.O., S. 960.

<sup>45</sup> Josef Edmund *Joerg*: Geschichte der social-politischen Parteien in Deutschland. Freiburg 1867. S. 55.

den Erfolge immer häufiger durch Verhandlungen erreicht. Der Streik wurde immer mehr zur latenten und immer weniger zur demonstrierenden Kraft, um schließlich institutionalisiert und gesetzlich sanktioniert auch als Ereignis seine revolutionäre Potenz zu verlieren.

Die Erfolge der Gewerkschaften waren aber nicht nur materieller Art. Streik und Organisation hatten ihnen in einigen Bereichen der Industrie die Mitwirkung bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen gebracht. Gegenüber der faktisch unbegrenzten Unternehmerherrschaft der Vergangenheit zeichnete sich hier mit der beginnenden Demokratisierung der Wirtschaft im Teilgebiet der Arbeitsbedingungen auch eine qualitative Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ab. Der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Kapitalismus schien im Rahmen einer breiteren Entwicklung zur Veränderung des Kapitalismus selbst führen zu können. Die Kontrahenten des Klassenkampfes waren nun z. T. auch ständige Verhandlungs- und Vertragspartner, und die neue Rolle konnte nicht ohne Rückwirkung auf die alte bleiben. Die Gewerkschaften waren um so eher bereit, diese neue Rolle zu übernehmen, als sie sich durch ihre Arbeitskämpfpraxis bereits weit in die Ordnung integriert hatten, die sie in der Organisationsphase revolutionär überwinden wollten. Sie verstanden den Arbeitskonflikt immer weniger als Teil des Klassenkampfes und immer mehr als Ausdruck und Austrag „einer geschäftlichen Differenz“<sup>46</sup>.

Darin lag ein Angebot, das die Möglichkeit zum Konfliktausgleich in einem der Spannungszentren des Kaiserreichs gegeben hätte und ohne das die erfolgreiche Zusammenarbeit von Staatsbürokratie und Gewerkschaften während des Ersten Weltkrieges schwer zu verstehen ist. Vor 1914 ist es von Unternehmern und Staat nur zögernd aufgegriffen worden. Die „staatstragenden Kräfte“ waren ohne Druck nicht bereit, sich von ihren traditionellen Ordnungsvorstellungen zu lösen. Die gewerkschaftlichen Vorkämpfer des Proletariats für die klassenlose Gesellschaft hatten auf diesen Druck freilich weithin verzichtet und bereits die erste Stufe eines Transformationsprozesses durchlaufen, der mit der Gewerkschaft als einer Interessenorganisation unter den vielen der „pluralistischen“ Demokratie im Spätkapitalismus sein vorläufiges Ende gefunden hat. Gerade in Deutschland geschah dies allerdings auf Umwegen, die den begründeten Verdacht nahelegen, daß die Vorkriegsgewerkschaften die Bereitschaft ihrer Gegner zur politischen Konfliktregelung auf der Basis der Gleichberechtigung falsch eingeschätzt haben.

Im Rahmen so weitreichender Zusammenhänge droht sich die Interpretation der Streikanalyse freilich im Spekulativen zu verlieren. Wie real die Chance einer evolutionären Demokratisierung vor 1914

<sup>46</sup> Brentano: a.a.O., S. XXII.

war, wieweit sie als Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklung früher oder später zwangsläufig eintrat, welche Möglichkeiten politischer Kooperation von Sozialdemokratie und Teilen des liberalen Unternehmertums mit welchen Folgen für die innere Struktur des Bismarck-Reichs sie geboten hätte, ist in der Forschung noch kaum untersucht. Das Streikverhalten allein läßt darauf keine Antwort zu, denn die Wandlungen des Arbeitskampfes sind nur ein Faktor innerhalb eines sehr komplexen Prozesses. Als gesellschaftsveränderndes und zugleich gesellschaftlichen Veränderungen unterworfenen Element ist der Streik überdies ein schwieriger Indikator für den Historiker. Aber auch die Streiktheorie sollte mehr als bisher zur Kenntnis nehmen, daß das umstrittene Verhältnis von Spontaneität und Planung, von Streik und Organisation vom Entwicklungsstand der Gesellschaft abhängt. Vom jungen *Engels*, der den Streik als „Kriegsschule“ der Arbeiter für den Klassenkampf definierte<sup>47</sup>, über *Rosa Luxemburgs* Position in der Massenstreikdebatte bis zur Wiederbelebung der theoretischen Diskussion nach der Maibewegung 1968 in Frankreich dominiert in der revolutionären Theorie ein Streikverständnis, das „den Kampf nicht als Produkt der Organisation, sondern die Organisation als Produkt des Kampfes begreift“<sup>48</sup>. Die gewerkschaftliche Praxis ist meist von der Annahme des Gegenteils ausgegangen. Beide Auffassungen sind in ihrer Einseitigkeit falsch. Denn die Geschichte des Streiks — wie die Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt — zeigt, daß Organisation Quantität und Qualität des Kampfes verändert, weil sie den Konflikt verändert, dem sie ihre Entstehung verdankt.

## Summary

### Strike Activity and Economic Fluctuations in the Transition Stage towards Organised Capitalism

The essay covers two problems of German strike history from 1890 to 1914. Part I correlates strike frequency with economic fluctuations. Strike activity corresponded only partially with economic developments as measured in time series of industrial production, employment figures, and share-indices. Therefore, strikes in this period are viewed less as protests against deteriorating working conditions and declining standards of living but rather as disputes concerning the distribution of surplus resulting from economic growth. Part II concentrates on long term strike activity under the impact of “organised capitalism” in its initial phase. During the decade before 1914 strikes stagnate in numbers inspite of constantly increasing wage conflicts. This results from the expanding and intensifying organisation of workers and employers, which lead to increasing collective bargaining agreements avoiding strikes.

<sup>47</sup> Friedrich *Engels*: Die Lage der arbeitenden Klassen in England (1845). In: Marx-Engels-Gesamtausgabe. Bd. 2. Berlin 1970. S. 441.

<sup>48</sup> Edgar *Weick*: Theorien des Streiks. In: *Schneider* (Hrsg.): a.a.O., S. 144.

## Anhang

Tabelle I: Streiks und Konjunkturindikatoren, 1891 - 1913

Jahr	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
	Streiks u. Ausper- rungen	davon für die Arbeiter erfolg- reich	Angriff- streiks	Abwehr- streiks	Großhandels- preise (1913 = 100)	Lebens- haltungskosten (1913 = 100)	Nominal- löhne (1913 = 100)	Industrie- produktion (1913 = 100)	Aktien- kurse	Beschäf- tigung
1891	(113)	(56)	(74)	—	85	76,9	63,5	41,4	148,5	—
1892	73	33	20	—	80	76,2	63,2	40,0	142,9	—
1893	116	64	37	—	75	74,6	63,4	42,4	143,6	—
1894	131	55	38	—	72	73,8	63,6	44,9	154,5	—
1895	204	102	100	—	71	73,1	64,0	47,6	178,8	—
1896	483	293	332	—	71	72,3	65,7	52,9	184,5	138,9
1897	578	345	330	—	74	73,8	67,4	55,9	194,5	124,9
1898	985	496	477	—	78	76,2	69,1	60,4	200,1	119,0
1899	976	627	542	—	81	76,2	70,9	63,7	201,6	106,9
1900	852	483	514	292	87	76,9	72,9	64,7	184,5	122,6
1901	727	353	291	401	82	77,7	73,1	64,9	163,4	164,3
1902	861	428	289	516	80	78,5	73,6	68,7	164,3	177,3
1903	1 282	743	603	597	80	78,5	75,2	72,9	170,2	147,4
1904	1 625	1 037	886	627	81	79,2	77,0	77,7	182,5	128,8
1905	2 323	1 486	1 261	809	86	82,3	78,9	79,4	199,4	119,9
1906	3 480	2 221	2 045	1 014	91	86,9	83,2	84,3	198,5	110,6
1907	2 792	1 681	1 635	834	95	87,7	87,2	82,9	182,7	117,9
1908	2 052	1 090	678	1 117	89	87,7	88,0	78,8	178,1	159,6
1909	2 045	1 296	832	1 007	91	90,0	88,4	81,3	189,3	149,1
1910	3 194	2 170	1 385	839	92	92,3	90,8	88,6	200,8	131,8
1911	2 914	2 040	1 705	1 002	95	95,4	93,8	96,0	201,9	121,1
1912	2 825	1 950	1 543	926	104	100,0	97,0	98,9	200,9	122,4
1913	2 600	1 837	1 307	866	100	100,0	100,0	100,0	192,9	137,7

## Quellen zu Tabelle 1:

- Spalte 2 - 5:** Zusammengestellt und z. T. errechnet aus Correspondenzblatt, Jg. 10 (1900), Nr. 35, S. 6 (Tab. IV, V, VI) (für 1891 bis 1899); Correspondenzblatt, Jg. 24 (1914), Anhang 1, S. 283 f. (Tab. 33 - 36) (für 1900 - 1913). — Die Streikzahlen für 1890/91 sind von den Gewerkschaften zusammen erhoben worden und nicht getrennt ausgewiesen. Wir setzen hier für 1891 die Hälfte der Zweijahres-Angabe an. Auch Abwehrstreiks und Aussperungen — ohnehin schwer zu trennen — sind von den Gewerkschaften erst seit 1900 gesondert behandelt worden. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Kategorisierung des Erfolges. Die Gewerkschaftsstatistik unterscheidet nach dem Resultat zwischen erfolgreichen, teilweise erfolgreichen und erfolglosen Arbeitskämpfen. Um eindeutige und leicht vergleichbare Werte zu erhalten, sind in der Erfolgsspalte dieser Tabelle die erfolgreichen und 50% der teilweise erfolgreichen Bewegungen zusammengefaßt worden.
- Spalte 6:** Alfred Jacobs und Hans Richter: Die Großhandelspreise in Deutschland von 1792 - 1934. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 37 (1935), S. 78.
- Spalte 7:** Jürgen Kuczynski, zitiert nach Franz Grumbach und Heinz König: Beschäftigung und Löhne der deutschen Industriewirtschaft 1888 - 1954. Weltw. Arch., Bd. 79 (1957), S. 150. — Vgl. auch Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 3. Berlin 1962. S. 302; Bd. 4, Berlin 1967. S. 330 f.
- Spalte 8:** Grumbach und König: a.a.O., S. 150.
- Spalte 9:** Rolf Wagenführ: Die Industriewirtschaft. Entwicklungstendenzen der deutschen und internationalen Industrieproduktion 1860 - 1932. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 31 (1933), S. 58.
- Spalte 10:** Durchschnittliches Kursniveau nach O. Donner: Die Kursbildung am Aktienmarkt. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 36 (1934), S. 97.
- Spalte 11:** Arbeitssuchende auf 100 offene Stellen, zusammengestellt nach den Angaben des „Arbeitsmarkt“, zitiert in Correspondenzblatt, Jg. 19 (1909), Anhang I, S. 89 (für 1896 - 1900); Jg. 23 (1913), Anhang I, S. 61 (für 1901 - 1912). Monatsberichte des „Arbeitsmarkt“ (für 1913). — Die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ erhielt ihre Informationen vor allem von den Arbeitsnachweisen der größeren Städte. Ihre Beschäftigungsstatistik bietet daher einen genaueren Reflex der gewerblichen Konjunktur als das „Reichsarbeitsblatt“, das auch eine Vielzahl kleinerer Orte einbezog und überdies erst seit 1903 über den Beschäftigungsgrad berichtete.

Tabelle II: Streik und streiklose Bewegungen

Jahr	Bewegungen mit u. ohne Arbeitseinstellung (2)	Streiks (3)	Bewegungen ohne Arbeitseinstellung (4)	Erfolg von Bewegungen etc. (2) (5)	Streikerfolg (6)	Streiks (3) in % d. Lohnbewegungen (2) (7)	Erfolgreiche Streiks (6) in % der erfolgreichen Lohnbewegungen (5) (8)
1905	5 291	2 070	2 968	4 108	1 372	39	33
1906	8 127	3 059	4 647	6 308	2 025	38	32
1907	7 859	2 469	5 067	6 071	1 531	31	25
1908	5 659	1 795	3 607	3 676	994	32	27
1909	6 552	1 839	4 507	4 892	1 195	28	24
1910	9 690	2 224	6 496	7 599	1 576	23	21
1911	9 670	2 707	6 756	7 897	1 956	28	25
1912	9 961	2 469	7 136	8 061	1 717	25	21
1913	9 972	2 173	7 372	7 901	1 510	22	19

Quellen zu Tabelle II:

Spalte 2, 4: Correspondenzblatt, Jg. 24 (1914), Anhang I, S. 282 (Tab. 30).

Spalte 3, 6: Nur Streiks, keine Aussperrungen, ebd., S. 281 (Tab. 28). Zum Streikerfolg vgl. die Bemerkungen zu Tab. I, Spalte 2.